

Wöchentlich 10 Blätter, monatlich
2.- Reichsmark im voraus zahlbar.
Hinter Streifen im Dr- und Kas-
sen 1.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit den illustrier-
ten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“
sowie den Beilagen „Unterhaltung
und Witz“, „Aus der Welt“,
„Stadtbeilage“, „Frauenstimme“,
„Der Kinderfreund“, „Jugend-Vor-
wärts“, „Witz in die Bäckerei“,
„Kulturarbeit“ und „Lehramt“
erscheint wochentags zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
21. Dezember 1927

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration
des Vermögens in den Händen
von 100 Familien, die den
Reichtum des Reiches bilden,
ist ein gefährliches Zeichen
für die Zukunft des Reiches.
Die Sozialdemokratische
Partei Deutschlands fordert
eine radikale Umverteilung
des Vermögens.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Berliner-Telefon: 220-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37535 - Bankkonten: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Diskont-Gesellschaft, Postfach 10000, Berlin SW 68

Die Schiedssprüche verbindlich!

Entscheidung im Tarifstreit in der Grobisenindustrie.

Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern im
Zoh- und Tarifstreit der Grobisenindustrie Rheinland-
Westfalen Verhandlungen statt. Eine Annäherung
zwischen den Parteien konnte nicht erzielt werden. Der
Reichsarbeitsminister hat darauf die beiden Schieds-
sprüche vom 15. Dezember 1927 von Amts wegen für
verbindlich erklärt.

Aussprache zwischen Kapital und Arbeit.

Englische Industrielle laden die Gewerkschaften zu Be-
sprechungen ein.

London, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Generalkonvent der britischen Gewerkschaften besaßte sich am
Dienstag mit dem von einer Gruppe einflussreicher britischer Indu-
strieller gemachten Vorschlag einer gemeinsamen „Aussprache
zwischen Kapital und Arbeit“ in Großbritannien. Der
Generalkonvent beschloß, die Einladung der Industriellen zu einer ge-
meinsamen vorurteilslosen Aussprache der wirtschaftlichen Probleme,
denen sich England gegenübersteht, anzunehmen. Es wurde ein
unter dem Vorsitz des Präsidenten der britischen Gewerkschaften
stehendes Komitee gebildet, das die Tagesordnung entwerfen soll.

Trotz der immerhin weniger schärfmächterischen Haltung der eng-
lischen Unternehmer — im Vergleich zu ihren deutschen Kollegen —
kann man dem Erfolg einer solchen Aussprache doch skeptisch ent-
gegensehen.

Keine Weihnachtsbeihilfe bei der Reichsbahn.

Eine Erklärung der Tarifgewerkschaften.

Auf Verlangen der vertragsschließenden Eisenbahngewerks-
chaften fand gestern nachmittags eine Verhandlung über die Ge-
währung einer Weihnachtsbeihilfe statt. Die Or-
ganisationsvertreter wiesen noch einmal eingehend darauf hin, daß
die jetzt abgeschlossene Ortslohnzulagenregelung bei weitem den Ver-

hältnissen nicht Rechnung trägt und daß es unverständlich sei, daß
bis zur Stunde sich die zuständigen Stellen noch nicht entschieden
hätten, eine allgemeine Beihilfe auszusprechen.

Trotz dringendem Ersuchen lehnten auch diesmal die Vertreter
der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft ab,
irgend etwas zu tun. Der stellvertretende Generaldirektor Gebein-
rat Dr. Wehrauch betonte ganz besonders, daß, nachdem auch
das Reich und die Deutsche Reichspost nichts getan haben,
auch die Reichsbahn in dieser Richtung nichts unternehmen könnte.
Nach eingehenden Verhandlungen gaben die Organisationsvertreter
folgende Erklärung ab:

„Nachdem die Verhandlungen über die Neuregelung von Orts-
lohnzulagen jetzt beendet sind und die allgemeine Auswirkung dieser
Neuregelung zu übersehen ist, muß leider festgestellt werden, daß
ein erheblicher Teil Lohnempfänger vollkommen
leer ausgegangen ist und die vorgenommenen örtlichen Er-
höhungen im Verhältnis zu der allgemeinen wirtschaftlichen Lage
hinter den berechtigten Ansprüchen erheblich zurückgeblieben
sind. Mit Bedauern stellen wir fest, daß die örtlichen Reichsbahn-
direktionsbezirke in bezug auf Ortslohnzulagen sehr kümmerlich
behandelt worden sind. Insbesondere ist auf das lebhafteste
zu behaupten, daß bei der Hauptverwaltung das soziale Verständnis
für die Notlage der Lohnempfänger im ober-schlesischen In-
dustriebezirk vollständig fehlt.“

Unsere Forderung nach Gewährung einer allgemeinen Beihilfe
an sämtliche Reichsbahnlohnempfänger erfährt dadurch nur noch
mehr Berechtigung. Die Ablehnung der Zahlung einer allgemeinen
Weihnachtsbeihilfe ist daher um so unverständlicher, als feststeht,
daß trotz der Gewährung von erhöhten Ortslohnzulagen an einen
Teil der Lohnempfänger der wirklichen Notlage nicht
Rechnung getragen ist.“

Die Organisationen betonen noch einmal gegenüber der Haupt-
verwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft, daß sie nach wie
vor eine allgemeine Lohnerhöhung für dringend
erforderlich halten. Sie behalten sich vor, dieser berechtig-
ten Forderung zu gegebener Zeit mit Nachdruck Geltung zu ver-
schaffen.“

Preußen macht rasche Arbeit!

Die Gutsbezirke werden sofort aufgelöst!

Nachdem nämlich am 12. Dezember das Gesetz über die Auf-
lösung der Gutsbezirke verabschiedet worden ist, legt die preussische
Regierung alles daran, um die Durchführung zu beschleunigen.
Der preussische Innenminister hat eine Anweisung an die Oberpräsidenten erlassen, die diese beauftragt, die umfassen-
den Vorarbeiten schon jetzt in Angriff zu nehmen. Die Einwohner der
Gutsbezirke sollen bei den im Frühjahr zu erwartenden Kommunal-
wahlen bereits imstande sein, zum ersten Male das Wahlrecht aus-
zuüben. Die Landräte haben schon jetzt Vorschläge für die Auf-
lösung der in ihren Kreisen befindlichen Gutsbezirke zu machen,
damit die Vertreter der Gemeinden und der Gutsbezirke sofort nach
Antritt des Gesetzes angeordnet werden können. Spätestens bis
Mitte März sollen die Kreisaußschüsse ihre Beschlüsse fassen; die
Pläne über die Umgemeindung sind dann den Behörden vorzulegen.
Die Regierungspräsidenten sollen schon jetzt persönliche
Vorlesungen der Landräte über die Aufhebung der Gutsbezirke ent-
gegennehmen und Besprechungen abhalten, damit die formelle Er-
ledigung nachher möglichst rasch vor sich gehen kann.

Auf diese Weise werden die Einwohner der annähernd 13 000
preussischen Gutsbezirke, die bisher der kommunalen Selbst-
bestimmung beraubt waren, nach rechtlich das Wahlrecht erhalten.
Da die Interessenten Gutsbesitzer ebenso wie manche Gemeinden
bei der Neuorganisation sichtlich Schwierigkeiten machen werden,
ist es doppelt zu begrüßen, daß die Regierung die Durchführung
des Gesetzes bereits vorbereitet hat, noch ehe die Ausführungs-
bestimmungen ausgearbeitet sind. Es kommt auf schnelle sachliche
Arbeit an, damit die staatsbürgerlichen Rechte den Einwohnern der
Gutsbezirke nicht länger vorenthalten bleiben.

Folgen des Staatsgerichtshofurteils.

Konflikt zwischen Ministerium und Landtag in Mecklenburg-
Strelitz.

Neustrelitz, 20. Dezember.

Das Mecklenburg-Strelitzische Ministerium hatte gestern in einer
Besanntmachung nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes die am
3. Juli 1927 erfolgte Landtagswahl für ungültig er-

klärt. Die Beschlüsse des Landtags wurden für die Zeit, bis
der neu gewählte Landtag zusammentritt, dem Landesaus-
schuß, der von dem auf Grund der Wahl vom 8. Juli 1923 gewählten
Landtag seinerzeit bestellt worden war, übertragen. Gegen diese
Regierungsbesanntmachung wendet sich heute, ebenfalls
in einer amtlichen Besanntmachung in der Landeszeitung für beide
Mecklenburg, der Präsident des Mecklenburg-Strelitzischen Landtags,
Dr. Foth. Er weist darauf hin, daß das Urteil des Staatsgerichtshofes
es ausdrücklich dem Lande überlasse, die Folgerungen aus
seinem Spruch selbst zu ziehen. Das berufene Organ des Landes
hierzu sei nach § 21 des Landesgrundgesetzes lediglich der bis auf
weiteres bestehende Landtag, der allein befugt sei, über
seine Auflösung zu beschließen. Der Präsident betont weiter, daß
auch die Einsetzung des früheren Landesauschusses keine verfassung-
smäßige Grundlage habe, weil dessen Gültigkeit am 8. Juli 1927 en-
dlich und unwiderruflich erloschen sei. Zum Schluß erklärt
der Präsident, daß die bereits erfolgte Einberufung des Landtags
für Donnerstag, den 22. Dezember, aufrechterhalten bleibt.

Putschisten für Demokratie.

Köln, 20. Dezember.

Der frühere Landtagsabgeordnete Hildebrandt aus Pöcking,
Führer der Nationalsozialisten in Mecklenburg-
Schwerin, erklärte heute vormittag, daß nach dem nunmehr erfolgten
Urteil des Staatsgerichtshofes über die Verfassungswidrigkeit
der Wahlrechtsänderungen in Hessen, Hamburg und Mecklenburg-
Strelitz die mecklenburg-schwerinschen Nationalsozialisten die Klage
gegen Mecklenburg-Schwerin beim Staatsgerichtshof einreichen
würden.

Die Schweriner Regierung steht gegenüber diesem Vorgehen des
putschistischen Nationalsozialisten auf dem Standpunkt, daß nicht der
Staatsgerichtshof des Reiches, sondern der von Schwerin zu-
ständig sei. Die „demokratische“ Erkenntnis des Herrn Hildebrandt
rührt daher, daß seine Partei bei der letzten Wahl 228 Stimmen zu
wenig für ein Mandat erhalten hat und infolgedessen der Konflikt
von 3000 M. verlustig ging.

Raum ohne Volk.

Ein Beitrag zum Siedlungsproblem.

Von H. Tempel, Leer, M. d. R.

„Junfer und Bauern sind Brüder.“ Strahaus, Strahob
predigt der Landbund unentwegt dies Evangelium der Inter-
essensolidarität zwischen Kapital und Arbeit auf dem platten
Lande. Er findet Gläubige in Massen. Jede Wahl beweist
es. Auch heute noch.

Wer die Schicksalsgenossenschaft zwischen den Großen
und den Kleinen auf dem Lande in Reinkultur beobachten
möchte, der durchstreife einmal die Winterparadiese im ge-
segneten Ostelbien. Vielleicht Mecklenburg-Schwerin. Etwa
auf der Linie Schwerin-Trisch-Goldberg-Karow-
Waren.

Auf dem ganzen, etwa 100 Kilometer
langen Weg findet er — 3 Bauerndörfer. Sonst
nur Gutsbezirke, Gutsarbeiterhöfe und alle paar Stunden ein-
mal ein ärmliches Landstädtchen. Oder er wandere von
Waren über Teterow-Lage-Tessin nach Rostock. Das
gleiche Bild:

100 Kilometer Weg — ein Bauerndorf!
Dabei durchweg bester Boden. Die Herren auf ih und ow
nahmen sich nur die guten Böden. Die leichten durste der
Bauer behalten. Wo — wie um Ludwigslust herum
— der Boden mager ist, sieht der Bauer an dichtesten. Von
dieser Scholle haben ihn die Barone nicht vertrieben. Dort
gibt es keine Herrenhäuser.

Um nichts anders ist es im Bereich der schlesischen Völ-
kungen, in den Gefilden der Fürsten von Hafffeld, Biron
von Kurland und Grafen Malchin. In den niederschlesischen
Kreisen rechts der Oder, den Gebieten an der neuen polni-
schen Grenze, hat sich die Bevölkerung von 1871 bis 1919 auf
den Quadratkilometer im Durchschnitt um 20 Köpfe ver-
mindert. Das heißt, sie ist in diesem Zeitraum von etwa
110 auf nicht ganz 90 gesunken. In den riesigen Gutsbezirken
dieser bedrohten Grenzstreifen wohnen auf dem Quadrat-
kilometer im Durchschnitt 18 Menschen! Das dürfte der Be-
völkerungsdichte Sibiriens entsprechen. Trotz guten Bodens
auch hier. Dabei hat das Reich als Ganzes in dem gleichen
Zeitraum einen Bevölkerungszuwachs von 51 pro Quadrat-
kilometer zu verzeichnen. Einer allgemeinen Zunahme von
51 steht also hier ein Verlust von 20 gegenüber. Eine Diffe-
renz mithin von 70 Köpfen auf die genannte Einheit. Das
Ergebnis eines halben Jahrhunderts junckerlicher Bauern-
freundschaft.

Aber nicht nur im Osten Deutschlands dehnen sich diese
menschenleeren Räume in unendlicher Weite. Auch der
Westen kennt sie. Oedland, Moor und Heiden, mit denen
weder Junfer noch Bauern etwas anzufangen wußten. Da
ist das Gebiet, das der neue Hunte-Ems-Kanal im mittleren
Ostpreußen und im nördlichen Münsterland durchschneidet.
Preußen, das das Teilstück des Campe-Dörpen-Kanals baut,
ist dabei, eines der größten Bodenkulturwerke
seiner Geschichte durchzuführen. Tausende und aber
Tausende von Hektaren wertvollen Hochmoores werden hier
erloschen. Bagger und Dampfpflüge bringen Leben in das
Land, das seit Jahrtausenden schlief. All die Moore und
Heiden des Ernstlandes an der holländischen Grenze entlang
von Papenburg bis Bentheim, unermessliche Flächen, warten
auf Menschen, auf Bauern.

Und derweilen warten die Bauern auf Land. In Fries-
land fanden wir — hart am Rande des gewaltigen Bour-
tanger Moores — ein großes Bauerndorf, das im ganzen
Jahr drei Trauungen erlebt hatte. Vierzigjährig ließen die
Söhne und Töchter der Bauern ledig in den Höfen der Eltern
umher: kein Land zu bekommen! Ähnlich in Niedersachsen,
in Hessen, in Württemberg.

Land ohne Volk! Volk ohne Land! Eine Groteske und
eine Tragödie in eins.

Man muß das Land ohne Menschen vor sich sehen, wenn
man über das Problem der Siedlung spricht. Erst dann be-
kommen die toten Zahlen über Umfang und Tempo der
Arbeit Farbe und Leben.

Reich und Länder haben während der letzten Jahre trotz
ihrer Armut das Füllhorn ihrer Millionen über jene Räume
ausgeschüttet, um ihre Bevölkerung zu verdichten. Das Reich
bewilligte 1926 und 1927 je 50 Millionen Ankaufskredite.
Für das kommende Jahr ist der gleiche Betrag vorgesehen.
Aus den Uberschüssen der Reichsgetreidestelle sind einmalig
15 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Für Sied-
lingsbedürfnisse wurden Zuschüsse von 7 Millionen und die
Bürgerschaft für eine Kreditanleihe von 70 Millionen gewährt.
Preußen hat dazu aus seinen Mitteln während der letzten
Jahre je 20 Millionen ausgemorfen. In diesem Zusammen-
hang sei auch die Bezugsfassung von etwa 19 000 Land-
arbeiterwohngebäuden und 22 000 ländlichen Eigenheimen
aus den Beträgen der produktiven Erwerbslosensfürsorge er-
wähnt. Das Reich plant weiter, Kredite zur Herabge-
stellter Hypotheken für etwa 6000 Landarbeiterwohnungen
aufzunehmen. Dazu kommen die finanziellen Aufwendungen

der kleineren Länder, vor allem in Oldenburg, Bayern und Mecklenburg.

Woher all diese Zahlenreihen dürfen nicht über den Kern der Dinge hinwegtäuschen: das Tempo der Neusiedlung ist überaus langsam. Während der Jahre 1919 bis 1925 hat Preußen, wie sich aus der Reichsiedlungsstatistik ergibt, im Jahresdurchschnitt nur 700 mittelbäuerliche Neusiedlungen geschaffen, d. h. Stellen von 5 bis 20 Hektar. Dabei ist natürlich abgesehen von der größeren Zahl der Kleinsiedlungen unter 5 Hektar und der Anliegersiedlungen. Das Bild wird noch trüber, wenn man erfährt, daß die Anstiedlungskommission in den letzten 30 Vorkriegsjahren jährlich etwa 1000 Bauer neu angelegt hat. Jährlich 700 neue Bauernsiedler in Preußen! Das ist, gemessen an den Hoffnungen und Notwendigkeiten des ganzen Volkes, ein geradezu niederdrückendes Ergebnis. Mit gespannter Aufmerksamkeit warten wir auf die Erfolge der beiden letzten Jahre.

Siedlung verschlingt Geld. Viel Geld. Reich und Länder sind arm. Um so entschiedener muß für ihre Arbeit gefordert werden: so wirtschaftlich wie möglich. Leider kann man nach unserer Meinung der preußischen Siedlung dies Prädikat nicht zuerkennen.

Preußen arbeitet nach dem Prinzip der intensiven Siedlung, d. h. es legt den Bauer in ein komplett ausgestattetes Anwesen. Haus, Stallung und Scheune, Acker und Wiese, lebendes und totes Inventar, der Ertrag der letzten Ernte, Blumenbeete und Gartenzäun; alles fix und fertig, wie aus dem Bouteillen erinommen. Der naive Beschauer wird staunend ein Bravo! rufen.

Der Siedler nicht! Er kratzt sich hinter den Ohren. Das Bouteillengut, das man ihm da anbietet, ist ein verdammt teures Spielzeug. Wie es da steht, fertig bis auf den letzten Nagel, durchweg um die 15 Hektar groß, kostet es je nach den Umständen keine 30 000 bis 40 000 M. und darüber. Die Siedlungsgesellschaft fordert 8000, 10 000 bis 12 000 M. Anzahlung. Wer das nicht aufweisen kann, muß verzichten. Und welcher Kleinbauer, welcher Landarbeiter kann über eine solche Summe verfügen! Der Landproletarier, der handfeste Kolonistator ist damit von vornherein ausgeschlossen. Das ist unsozial und unwirtschaftlich zugleich.

Vorbildlich scheint uns hier gegenüber die oldenburgische Regierung in ihren Moorgebieten zu arbeiten. Sie besorgt die Entwässerungs- und Zuegungsarbeiten und überläßt alles weitere dem Siedler selbst. Er selbst bringt das Moor Stück für Stück in Kultur; er errichtet, indem er selbst nach Möglichkeit mit Hand anlegt, unter Kontrolle des Siedlungsamtes sein Haus entsprechend seinen persönlichen Bedürfnissen und baut so langsam seine Existenz auf. Das Siedlungsamt gewährt ihm Hausbau- und Kultivierungsdarlehen und zuschüsse zu mäßigen Bedingungen und fordert von ihm erst nach sechs Frei Jahren und nochmals sechs Schonjahren eine durchaus tragbare Rente. Wer etwas Inventar und ein bis zweitausend Mark mitbringt, kann angelegt werden.

Gewiß: sein Los ist hart. Schwer muß er mit dem Boden ringen. Aber er kann es schaffen. Auch der Verinnte erarbeitet sich langsam den Besitz seines Gütchens von 10 Hektar und mehr an Moor- oder Heideboden. Wir hoffen, daß die preußische Regierung zum mindesten bei der Aufschließung des Emslandmoore die Methode Oldenburgs beachten wird. Tausende von armen Kleinbauernsöhnen und Landarbeitern der benachbarten Gebiete könnten dann — aber auch nur dann — Haus und Hof erwerben. Siedlung darf keine Angelegenheit von Großbauern werden. Sie ist Sache der Besitzlosen.

Bestes Ziel der ganzen Aktion ist der Ausgleich zwischen Menschenüberfluß und Menschenmangel. Dabei erhebt sich aber für den ganzen Osten die Frage nach dem Verbleib der gutsamigen Landarbeiter. Die Aufteilung der Güter lediglich an Mittelbauern mit relativem großem Eigenkapital, zwingt die Landarbeiter zur Abwanderung.

Der Bauer verdrängt den Landarbeiter. Nicht selten ergibt sich daraus eine Verminderung statt einer Vermehrung der Feuerstellen und der Kopfszahl. Das ist ein unmöglicher Zustand als Ergebnis einer falschen Methode.

Daß Bauernsiedlung und Arbeiterfiedlung Hand in Hand gehen können, beweist Mecklenburg. Dort wird bei der Aufteilung eines siedlungsreifen Gutes grundsätzlich jeder Tagelöhner, der zustimmt, auf seinem Heimatboden angesehen. Er erhält 1 Hektar Land, ein Häuschen, ein paar Tiere, alles zu durchaus tragbaren Bedingungen bei bescheidenster Anzahlung. Ein weiterer Aufstieg ist durch Zupachtung oder Ankauf von Parzellen aus staatlichem Restbesitz gesichert. Mecklenburg hat damit stellenweise die Kopfszahl in seinen Gutsbezirken verdoppelt.

Der Bauer schreit nach Land. Das Land schreit nach Bauern. Das neue Deutschland hat hier alte Schulden zu begleichen. Will es mit der Zahlung hinter Polen und Rußland zurückbleiben?

Das Echo von Wilhelm Marx.

Wohin des Wegs?

Das Wort von Wilhelm Marx auf der Reichspressekonferenz des Zentrums: „Das Zentrum war weder eine monarchistische Partei, noch will es eine republikanische sein.“ hat ein interessantes Echo gefunden. Die 10. ordentliche Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei hat sich mit diesem Wort wie mit der Arbeitsgemeinschaft Zentrum-Bayerische Volkspartei eingehend beschäftigt.

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Präsident Speck, eröffnete die Tagung mit folgender Erklärung:

„Auch in der Frage der Staatsform scheinen keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Parteien zu bestehen, wenn der kürzlich von Reichsminister Dr. Marx wieder in Erinnerung gebrachte alte Zentrumsgrundsatz sich wieder ganz im Zentrum durchsetzt. Dr. Marx erklärte auf einer Pressekonferenz: „Das Zentrum ist von jeher eine Verfassungskonferenz gewesen. Es ist weder monarchistisch, noch will es eine republikanische Partei sein.“ Auch die Bayerische Volkspartei steht auf dem gleichen Boden. Sie stellte es von Anfang an ihren Mitgliedern frei, in der Frage der Staatsform nach ihrem Gewissen sich zu entscheiden.“

Eine interessante Variante in der Wiedergabe des Wortes von Marx! Keine monarchistische Partei, auch keine republikanische — aber vielleicht eine monarchische?

Die feine Nuance wird verständlich durch die Ausführungen der folgenden Redner. Der Führer der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, Abg. Dr. Wohlmüt,

Der Empfang des Prinzen Heinrich

Ämtlicher Bericht über die Vernehmung des Kapitäns Kolbe.

Ueber das Ergebnis der Vernehmung des Kapitäns Kolbe, des Kommandanten des Kreuzers „Berlin“ durch den Reichswehrminister Gehler wird folgender ämtlicher Bericht verbreitet:

Der Kreuzer „Berlin“ lag Ende November einige Tage vor Ederförde zur Ergänzung seiner Ausrüstung für die Ausreise. Beim Kommandanten des Kreuzers „Berlin“ war von dritter Seite angeregt worden, dem Großadmiral Prinz Heinrich von Preußen Gelegenheit zu geben, die neuen Einrichtungen des Kreuzers „Berlin“ ansehen zu dürfen. Der Kommandant fragte bei der ihm vorgesetzten Dienststelle an, ob dagegen Bedenken beständen. Da von dort Einwendungen gegen den Besuch nicht erhoben wurden, wurde der Antrag Folge gegeben und der Besuch fand am 24. November um die Mittagsstunde statt. Nachdem der Gast einige Einrichtungen des Schiffes in Augenschein genommen hatte, folgte er der Einladung des Kommandanten zur Teilnahme an seinem Mittagessen in der Kommandantenkabine, bei dem außer den beiden Herren nur noch zwei Offiziere zugegen waren. Kurz nach zwei Uhr verließ der Großadmiral den Kreuzer und richtete, als er an einem Teil

der dienstlich auf Deck beschäftigten Mannschaften vorbeiging, einige Worte an diese, in denen er unter Bezug auf seinen eigenen Besuch in Ostasien den Ausreisenden glückliche Heimkehr wünschte.

Bei dieser Sachlage ist das Verhalten des Kommandanten des Kreuzers „Berlin“ nicht zu beanstanden, da er gegen die Bestimmungen nicht verstoßen hat.

Gegen den für die politische Zweckmäßigkeit des Besuches verantwortlichen Inspekteur des Bildungswesens ist das Erforderliche veranlaßt.

Aus der Schlussbemerkung läßt sich, wie auch aus der Tatsache der Vernehmung des Kapitäns die Folgerung herleiten, daß der Besuch des Prinzen Heinrich dem Reichswehrminister durchaus nicht so harmlos erscheint, wie es die Reichspresse darstellt.

Jedenfalls ist es eine Selbstverständlichkeit, wenn das Reichswehrministerium dem toleranten Inspekteur des Bildungswesens der Marine energisch klarmacht, daß monarchistische Werbefundgebungen auf der deutschen Reichsmarine nicht erlaubt sind.

Baterländische in Not.

Eine Geheimtagung der Erzreaktionäre. — Ebbe in den Kassen. — Zusammenstoß Ehrhardts mit einem Hohenzollernsprössen.

Am 26. November fand im Landwehrkasino Berlin eine vertrauliche Reichsoberleitungsagung der vaterländischen Verbände statt, die von etwa 100 Personen besucht war. Unter den Anwesenden waren alle bekannten Führer von Reichsverbänden, wie Oberst a. D. Friedrichs, Major a. D. v. Oldenburg, Stadler, Freiherr v. Forstner, General a. D. v. Cramon, General a. D. v. Domes, Abgeordneter Bork, Professor v. Freitagsh. Voringhoven, Abgeordneter Marek, Abgeordneter Wulle, Kapitän a. D. Ehrhardt, Freiherr v. Bietinghoff-Scheel, Major a. D. v. Jena, Prinz von der Lippe und Ostal, Prinz von Preußen. Der „Soz. PresseDienst“ weiß über den Gang der Verhandlungen folgendes zu berichten:

Generalmajor a. D. von der Goltz, der Führer der B. u. B. D., leitete die Versammlung. In einer kurzen Begrüßung wurden besonders Prinz Ostal von Preußen und Ehrhardt erwähnt. Als der Name Ehrhardt fiel, kam es zu wiederholten Protestrufen. Im Anschluß an dieses Zwischenspiel hat von der Goltz einen Vortrag über das Thema „B. u. B. D., politische Lage und kommende Wahlen“ gehalten. Er übte dabei scharfe und heftige Kritik an der „passivistischen“ Rede des Reichsaussenministers Dr. Stresemann. Der Redner bedauerte dann die schlechte wirtschaftliche Lage der vaterländischen Verbände.

Die Kasse ist danach völlig leer.

Alle Bittesbriefe hatten wenig Erfolg. Trotzdem wollen die vaterländischen Verbände für die vom Stahlhelm anfänglich der bevorstehenden Wahlen ausgegebenen Richtlinien wirken. Die Reform soll möglichst der Stahlhelm tragen. Das Ziel dieser gemeinsamen Propaganda ist, jede Koalition im Reich und in den Ländern mit der Sozialdemokratie zu verhindern und ein Ost-Occano unmöglich zu machen. Außerdem will man einen Widerruf der Kriegsschuldfrage und die

Wiedereinführung der Schwarzweißroten Fahne erzwingen.

Schließlich will man die „nationalen“ Parteien verpflichten, Persönlichkeiten der vaterländischen Bewegung an aussichtsreicher Stelle ihrer Wahlvorschlüge zu setzen. Es werden zu diesem Zwecke örtliche Verhandlungen in den Wahlkreisen gefordert.

Im Verlauf seiner Ausführungen befaßte sich der abgetaktete General auch mit der Innenpolitik und insbesondere mit der Reichswehr. Sie baut nach seiner Meinung unter dem Druck Preußens und des Auslandes alles ab, was bisher mühsam aufgerichtet wurde. Von der Goltz äußerte sogar, daß der Kern der Reichswehr nicht ganz gesund sei, und die Schuld daran die politische Leitung des Reichswehrministeriums trage. Er persönlich und sicherlich alle anwesenden Vertreter der vaterländischen Verbände seien Gegner dieser politischen Leitung. Sie müsse unmöglich

gemacht und ersetzt werden durch einen politischen General. Der Redner verbreitete sich dann über die Ergebnisse der letzten Wahlen und über die Aussichten für die kommenden Wahlen. Er mußte dabei vor allem den deutschen Kund nach links orientieren, während er die Lage für die nationale Bewegung als sehr ernst, ja „beinahe als hoffnungslos“ bezeichnete. In diesem Zusammenhang wies er auf die Gefahr hin, daß die Bewegung im Pommerschen Landbund und auf den in der letzten Zeit einsetzenden Kampf der Bauern gegen die Großagrarier den

nationalen Bolschewismus in Relakatur

an die Wand. Nur die Vereinigung aller nationalen Kreise in der vaterländischen Bewegung könne Abhilfe schaffen.

Interessant waren vor allem auch die Äußerungen dieses „politischen Generals“ über die Deutsche Nationale Volkspartei. Diese Partei ist nach seiner Meinung im Parlament schon so zerstückelt, daß es heute schon kaum mehr möglich ist, sie als geschlossene Partei zusammenzuhalten. Es sei daher die Gründung einer neuen Partei, die vom Stahlhelm angeregt sei, zu überlegen. Abgesehen davon müßten die vaterländischen Verbände darauf halten und schon jetzt darauf hinarbeiten, daß „nur“ national zuverlässige Männer als Wahlkandidaten an sicherer Stelle auf die Kandidatenlisten gesetzt werden.

Im Verlauf der Tagung kam es vor der Mittagspause zu einem

Zwischenfall

zwischen Ehrhardt und dem Prinzen Ostal von Preußen. Dieser warf Ehrhardt vor, daß er wiederholt das Hohenzollernhaus angegriffen habe. Im Verlauf der sich anschließenden und nicht immer in parlamentarischen Formen sich bewegenden Auseinandersetzung zwischen Ehrhardt und dem Hohenzollernsprössling wolle der Prinz von Gottes Gnaden den Soal verlassen. Erst als von der Goltz einschritt und den Prinzen dringend bat zu bleiben, nahm dieser von seinem anfänglichen Plan Abstand. Die Folge war, daß darauf Ehrhardt mit 5 bis 6 Personen unter großer Unruhe demonstrierte.

Im Anschluß an die Mittagspause wurden die Ausführungen des Generals von der Goltz zur Diskussion gestellt. Daran beteiligten sich auch der Paulsch Wulle und der Reaktionsär Marek. Der latium bekannte Dr. Stadler sprach über die Außenpolitik und betonte, daß Deutschland nach seiner Meinung eine ganze Reihe von Kampfzielen haben, und deren erstes Polen sein müsse. Die Veranstaltung endete mit der Annahme von Entschuldigungen, die sich u. a. für die Stahlhelmherrschaft und für die Studenten gegen den preußischen Kultusminister ausgesprochen.

Der ganze Verlauf zeigte eine äußerst gedrückte Stimmung und zeugte von der Einsicht, daß die „nationale“ Bewegung bei der kommenden Abrechnung im Gegensatz zur Sozialdemokratie katastrophal abschneiden dürfte.

Ghandi schwer erkrankt.

Auf einer Vortragsreise vom Schlag gerührt.

London, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Wie der „Indische PresseDienst“ meldet, hat der große indische Volksführer Mahatma Ghandi, der sich auf einer Vortrags-tournee befand, einen Schlaganfall erlitten. Sein Leben soll ernstlich gefährdet sein.

Gut informiert! Am Montagabend meldete die Telegrammen-Union aus Kowno, daß am Sonntag dort ein Kongress der sozialistischen Parteien Nordosteuropas stattfand, auf dem auch die Frage in Litauen besprochen wurde! Daß diese Konferenz in Berlin, knapp fünfhundert Meier von der Zentrale der III. internat. stattgefunden hat, war wohl nur eine Sinnestäuschung der Teilnehmer. Sie meinten, sie befänden sich Lindenstraße 3 und waren in Wirklichkeit in der Hauptstadt des gaffrelten Landes von Waldemar...

Reichswehrministerium und Sozialdemokratie. Der preußische Ministerpräsident teilte kürzlich in einer Rede mit, daß den Soldaten der Reichswehr erneut die Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen und das Betreten sozialdemokratischer Lokale verboten worden sei. Das Reichswehrministerium teilte hierzu mit, daß es den preußischen Ministerpräsidenten um Auskunft gebeten hat, auf welche Vorgänge sich seine Äußerung stütze.

Der Hansabund hat der Reichsregierung und dem Reichstag eine Denkschrift überreicht, die eine Abänderung des Postfinanzgesetzes fordert, um den Einfluß des Reichstags auf die Geschäftsabbarung der Reichspost wieder herzustellen.

sprach über den Bayerischen Heimat- und Königsbund, die Organisation des Prätendenten Rupprecht:

„Nicht gegen den Bund kämpfen wir, sondern gegen die Lorbeeren, die dort gemacht werden, wenn man im Volke die Hoffnung nährt, als ob unser Land mehr oder weniger nur darin bestünde, daß wir nicht mehr die monarchistische Staatsform haben. Der Bund mag den Königs- und Heimatgedanken hochhalten. Das begreifen wir.“

Nach deutlicher wurde Dr. Heim, der unter stürmischer allgemeiner Zustimmung des Parteitag ausfuhrte:

„Das Zentrum muß auch für unsere Verhältnisse in Bayern und für unsere Entwicklung die nötige Rücksicht aufbringen, wie wir auch auf die besonderen Verhältnisse des Zentrums Rücksicht nehmen und nehmen müssen. Durch dieses Uebereinkommen hat sich an unserer grundsätzlichen Einstellung nichts geändert. Hier gilt das Wort: Im Zweifelsoffen Freiheit und in der Hauptsache Einigkeit. Ein Reichsbannermann wird bei uns nie einen Platz haben.“

So war es gemeint: Wir sind weder monarchistisch noch republikanisch. Wir begrüßen, daß der Königsgedanke hochgehalten wird. Grundsätzliche Republikaner werden bei uns nicht geduldet!

Daß dies nicht republikanisch ist, ist klar. Warum man es nicht offen monarchistisch nennen will, ist auch klar. Nun versteht man die Nuance: man will sich die Möglichkeit offen lassen, in aller Stille monarchisch zu sein.

Herr Dr. Marx, der Kanzler der Republik, hat den Jargon der heimlichen Monarchisten überraschend schnell gelernt!

Stand der Strafrechtsreform.

Beratung des allgemeinen Teils im Ausschuss abgeschlossen. Beginn der Beratung des besonderen Teils am 12. Januar.

Der Strafgesetzausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag zunächst mit den Bestimmungen über den Gewohnheitsverbrecher. Nach dem Gesetzentwurf soll das Gericht gemeingefährliche Gewohnheitsverbrecher mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und bei Verbrechen sogar mit Zuchthaus bis zu fünfzehn Jahren bestrafen können, wenn der Verurteilte schon zweimal wegen eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens zum Tode oder zu einer Freiheitsstrafe von wenigstens sechs Monaten verurteilt worden war. Genosse Rosenfeld beantragte, diese Frist auf ein Jahr zu erhöhen. Der Antrag wurde abgelehnt und die Bestimmung des Entwurfs über Gewohnheitsverbrecher gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Alsdann gelangte die Bestimmung über die Sicherungsverwahrung zur Beratung. Nach dem Gesetzentwurf soll das Gericht jemand, der schon einmal zum Tode oder zu Zuchthaus verurteilt war, wenn er ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ist, zur Sicherungsverwahrung verurteilen können. Ein sozialdemokratischer Verbesserungsantrag wurde abgelehnt und die Bestimmung über die Sicherungsverwahrung gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Alsdann beriet der Strafausschuss die Bestimmung über die besonders leichten Fälle, in denen das Gericht von Strafe absehen kann. Ein sozialdemokratischer Verbesserungsantrag, den Genosse Landsberg begründete, wurde abgelehnt.

Abgelehnt wurde aber auch ein deutschnationaler Antrag, der die Streichung dieses Paragraphen verlangte. Zu seiner Begründung führte Abg. Barth (Dnat.) an, daß der Gesetzentwurf schon sozialcharakteristisch enthält, daß diese Bestimmung nicht auch noch notwendig sei. Dem trat Genosse Landsberg entgegen, indem er nachwies, daß gerade dieses Strafmilderungsrecht notwendig sei. Auf eine Bemerkung des Abg. Barth, daß Minister Hergt den Gesetzentwurf in hohem Maße verbessert habe, antwortete Genosse Rosenfeld mit der Frage, wie das geschehen sein könne, der Gesetzentwurf habe doch schon dem Reichstag vorgelegen, als Hergt Minister geworden sei und in diesem Stadium habe Hergt einen Einfluß doch gar nicht ausüben können! Bezeichnenderweise wußte Abg. Barth auf diese Frage nicht zu antworten. Er hatte offensichtlich nicht die Wahrheit gesagt.

Schließlich beriet der Ausschuss die Bestimmung des Entwurfs über eine Strafschärfung in besonders schweren Fällen. Ein sozialdemokratischer Verbesserungsantrag wurde abgelehnt und diese Bestimmung gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Damit hat der Ausschuss die ersten 85 Paragraphen des Strafgesetzentwurfs, die den allgemeinen Teil dieses Gesetzes bilden, erledigt. Es bleibt dem Ausschuss noch zur Beratung der besondere Teil, der allerdings nicht weniger als 328 Paragraphen umfaßt. Die Beratung dieses Teiles des Strafgesetzes soll am 12. Januar 1928 beginnen.

Reparationsgehälter.

4 640 000 M. im Jahr.

London, 20. Dezember.

Abg. Kenworthy (Arbeiterpartei) lenkte im Unterhaus die Aufmerksamkeit auf das Gehalt des Reparationsagenten und seiner Beamten. Der Finanzminister antwortete, daß dem Personal der Reparationskommission in Paris 237 Personen angehören. Sie beziehen zurzeit insgesamt 110 000 Pfund an Gehältern um pro Jahr, der Kommissar habe längst Sparmaßnahmen beschließen, wodurch der Betrag auf 100 000 Pfund herabgesetzt würde. Das Personal des Bureaus für Reparationszahlungen in Berlin bestände aus 130 Leuten, soweit die englische Regierung unterrichtet sei, belaufe sich der Gesamtbeitrag an Gehältern und Löhnen auf 132 000 Pfund pro Jahr. Der Minister sagte nicht, wie weit dieser Betrag auf die jährlichen Dawes-Zahlungen angerechnet wird.

Blut- und Trümmerbilanz.

Beim Kanton-Putsch 3000 Tote und 2000 Häuser zerstört.

London, 20. Dezember. (Eigenbericht.)

Eine chinesische Wohltätigkeitsorganisation in Hongkong, die eine Delegation nach Kanton entsandt hatte, um die dort herrschende Not zu lindern, teilt jetzt mit, daß in Kanton nicht weniger als 2000 Häuser zerstört worden seien und sich die Gesamtzahl der Opfer auf 3000 Menschenleben belaufe, von denen erst 700 begraben worden seien.

Eine offizielle chinesische Meldung besagt, die Durchführung des Sowjetkonjuls in Kanton habe weitere Beweise dafür zutage gefördert, daß der dortige Zustand von russischer Seite planmäßig vorbereitet worden sei.

Nach einer Meldung aus Hankau hat man am Sonntag 15 Kommunisten, darunter fünf junge Mädchen hingerichtet. Man glaubt, daß die Behörden dadurch einem kommunistischen Aufstand zuvor gekommen sind, der auf den Neujahrestag angesetzt war. 17 Russen werden noch vom Militär festgehalten.

Die Russenverfolgung.

Kowno, 20. Dezember. (Ill.)

Nach einer Meldung aus Moskau, hat der japanische Konsul in Schanghai nach Vereinbarung mit dem russischen Konsul die Kantoneurde untersucht. Ein halbamtlicher Bericht besagt, daß der im Gefängnis in Kanton sitzende russische Generalkonsul in den Hungerstreik getreten sei sein Gehilfe Chassin soll wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt erschossen worden sein, die Leiche wolle 18 Wasserfässer und eine Schußwunde auf. Ferner seien zwei Mitarbeiter des Konsulats erschossen worden. Der russische Generalkonsul in Schanghai ist beauftragt worden, den Protest der Sowjetregierung gegen die Ernennung eines chinesischen Liquidators für das russische Eigentum in China zu überreichen.

Das Rückgabegesetz angenommen.

Ist es jetzt endlich so weit?

Washington, 20. Dezember.

Das Repräsentantenhaus hat das Gesetz über die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums mit 223 gegen 26 Stimmen angenommen.

Naturgemäße Rückwirkung.



Pieck: „Frage unterfänglich an, Genosse Stalin: Wenn jetzt Radek und Sinowjew ihre Ueberzeugung abschwören, sind sie wohl in der „Roten Fahne“ nicht mehr wie bisher als Lumpen, sondern als tadellose Ehrenmänner zu bezeichnen?“

Gefängnisstrafen im Reichswehrprozeß.

Der Vorsitzende wird politisch.

Der Beleidigungsprozeß der Reichswehroffiziere gegen die „Weltbühne“ endete gestern mit einem Urteil einer Schärfe, die selbst die größten Pessimisten nicht erwartet hatten. Nach nahezu zweitägiger Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Crohne das Urteil des Großen Schöffengerichts Charlottenburg. Das Gericht ist über die nur auf Geldstrafen lautenden Urteile des Vertreters der Staatsanwaltschaft weit hinausgegangen und hat wegen öffentlicher Beleidigung den Schriftsteller Salomon, genannt Jakob, zu zwei Monaten, den Schriftsteller v. Ossietzky zu einem Monat Gefängnis, beide zur Tragung der Kosten verurteilt. Dem Reichswehrminister wurde die Befugnis zur Urteilspublikation sechs Wochen nach Rechtskraft des Urteils in der „Weltbühne“, dem „Vorwärts“, der „Vossischen Zeitung“, der „Germania“ und dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ zugesprochen.

Noch unglaublicher als dieses Urteil war die Urteilsbegründung. Gleich am Anfang sagte der Landgerichtsdirektor, daß durch das Gericht der Artikel nicht mit den Augen gewisser Ueberintellektueller, sondern mit den Augen eines gesunden Durchschnittsstandes gelesen und geprüft worden sei. Man müsse zu der Ueberzeugung gelangen, fährt die Urteilsbegründung fort, daß der Aufsatz vom Anfang bis zum Schluß darauf ausgehe, den Offizieren eine Mitschuld an den Fememorden in die Schuhe zu schieben. Die drei Offiziere hätten es aber unter Eid abgelehnt, von den sogenannten Fememorden vorher etwas gewußt, geschweige denn hierfür direkte oder stillschweigende Anordnungen gegeben zu haben.

Etwas Neues sei von der Aussage des Oberleutnants Schulz zu erwarten gewesen. Die Angeklagten hätten damit gerechnet, daß Schulz, der einen Tag zuvor rechtskräftig zum Tode verurteilt worden war, auspacken würde. Er habe ausgepackt. Was sei dabei herausgekommen? Die Kamellen! (Zwischenruf des Rechtsanwält Dr. Löwenthal: „Nach Ansicht des Gerichts!“) Nachdem der Vorsitzende dann Schulz als einen Menschen bezeichnete, der — und das war charakteristisch für seine Einstellung — „große Dienste für den Staat geleistet“ habe, nannte er ihn im selben Atem einen Mann, der sich wichtiger vornehme, als es seiner Bedeutung entspräche. Schulz folgere die Kenntnis der Reichswehr über die Selbstjustiz in den Arbeitskommandos aus zwei Tatsachen, einmal aus den obersteinsten Vorgesängen und dann daraus, daß vorher gegen Fememorde kein Strafverfahren eingeleitet sei. In Brandenburg hätten die Verhältnisse aber ganz anders gelegen als in Oberschlesien, und tatsächlich habe in verschiedenen Fällen eine Strafverfolgung eingeleitet, die dann freilich aus besonderen Gründen nicht vorwärts kam. Damit lasse die Behauptung der moralischen Mitschuld der Reichswehr ins Wasser.

Während des ganzen Prozesses hatte der Vorsitzende immer wieder die Direktive ausgegeben, daß in diesem Prozesse nur der Verhandlungsgegenstand, nicht aber die politischen Hintergründe zu behandeln seien, und alle Fragen der Verteidigung, die sich in dieser Richtung bewegten, hatte er nicht zugelassen. Unter allen Personen im Gerichtssaal blieb es dem Herrn Vorsitzenden vorbehalten, sich nach seiner eigenen Direktion nicht zu richten. Als er auf die moralische Verantwortlichkeit des Reichswehrministers zu sprechen kam, gab er ein weißschweißiges, rein subjektives, nach dem schon heute festgestellten historischen Tatsachenstand aber fälschlich politisches Exposé, das mit dem Verhandlungsgegenstand viel weniger zu tun hatte als die Fragen der Verteidigung. Er erzählte von dem drohenden Einfall ungeordneter polnischer Haufen in Brandenburg und berichtete nebenbei über den Zeligowski-Streich in Wilna! Zwar nannte er die Auffassung der AR's unglücklich, aber, so fuhr er fort, es sei sehr fraglich, ob man von einer moralischen Verantwortung des Reichswehrministers sprechen könne. Dapon, daß um Berlin herum rechtspolnische Arbeitskommandos garnisoniert waren und diese Bombe nachher in Küstrin zum Platzen kam, erwähnte er in diesem Zusammenhang nichts. Herr v. Seckel nannte der Vorsitzende eine Wolke Natur; er habe wahrscheinlich deshalb keine Anklage gestellt, weil er, der dauernd von einer „gewissen Presse“ angegriffen wurde, Tag und Nacht gearbeitet habe. Aus allen diesen Erwägungen heraus sei das Gericht dazu gekommen, von einer Geldstrafe abzusehen und die Angeklagten zu Gefängnis zu verurteilen.

Die Rechtsanwälte Dr. Georg Löwenthal und Dr. Apfel erklärten, daß sie gegen das Urteil Berufung einlegen werden.

Dies Urteil und diese Begründung atmen Tendenz, sie sind nicht Recht. Es ist zu erwarten, daß dies Urteil in der zweiten Instanz aufgehoben wird. Der Richter, der in einer Urteilsbegründung politische Kannegieherei betreibt, wirkt komisch, solange seine Ansichten nicht auf das Urteil abfärben — andernfalls wird er zur Gefahr für die Objektivität der Rechtsprechung. Von Objektivität aber kann bei diesem Urteil gar keine Rede mehr sein!

Bandervelde über das Heeresbudget.

Friedenssicherung durch Verträge!

Brüssel, 20. Dezember.

Bei den Beratungen der Kammer über das Heeresbudget für 1928 ergriff Bandervelde das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen. Er betonte, daß auch die belgischen Arbeiter etwas zu verteidigen haben, daß sie dies im Jahre 1914 bewiesen und es wieder beweisen würden, wenn das Unglück wolle, daß ein Krieg über Belgien hereinbräche.

Er ging auf die Ursachen der letzten Kabinettskrise ein, die zur Rückkehr der Sozialisten in die Opposition führte, und kritisierte die Zusammenkunft der gemischten Kommission zum Studium der Militärfrage. Diese Frage so führte er aus, wird von drei Punkten beherrscht: den finanziellen Möglichkeiten, der Größe und der Unmittelbarkeit der uns bedrohenden Gefahr und der Wahl derjenigen Waffengattungen, die sich für die Verteidigung unseres Landes am besten eignen. Es ist unverständlich, daß man die Armee reorganisieren will, ohne die Bürgschaften zu berücksichtigen, die wir im Auslande finden können.

Man fordert uns auf, uns durch eine starke Deckung gegen eine mögliche machtvolle Offensive Deutschlands gegen die Maaslinie zu schützen. Aber wir haben die Abkommen von Locarno, in denen allerdings, hinsichtlich der deutschen Ostgrenze, die durch diese Abkommen nicht geschützt ist, gefährliche Lücken bestehen! Auf dieser Seite sind Änderungen notwendig. Sobald feststeht, daß, falls Deutschland Polen angreift, Frankreich diesem zu Hilfe eilen und der Völkerbundrat eingreifen wird, wird jede Kriegsgefahr beseitigt sein.

Bandervelde betonte zum Schluß nochmals, daß die Sozialisten den vorgelegten Entwurf des Heeresbudgets für 1928 ablehnen.

In Sachsen wurde die Besoldungsvorlage, die u. a. den Ministern eine Erhöhung ihrer Bezüge um 7000 M. bringt, gegen die sozialdemokratisch-kommunistische Minderheit angenommen. Dem Freistaat Sachsen entstehen durch die Besoldungsreform 22 Millionen Mark neue Ausgaben.

An der Krippe des „Fronvogts“.

Lagerrenn in Dawes-Ketten.

Zu den wildsten Bekämpfern des Dawes-Planes gehört der deutschnationalen Abgeordnete Lagerrenn. Bei der Abstimmung über das neue Reichsbahngesetz, das die Bahnen zum Instrument der Reparationen machte, war Herr Lagerrenn bei jenen 30 Proz. Deutschnationalen, die gegen das Gesetz stimmten. Das Reichstagshandbuch von 1924 bezeichnet ihn noch bescheiden als Oberregierungsbourreau. Nach einer amtlichen Ankündigung der deutschnationalen Partei ist Herr Lagerrenn inzwischen zum Direktor bei der Reichsbahngesellschaft avanciert. Als solcher ist er zum Festredner bei der Weihnachtsfeier einer deutschnationalen Ortsgruppe vorgezogen.

Am Recht mokiert sich die völkische „Medienburger Post“ über diesen heerenmütigen Reinslager, Artikelhändler und Redner, der es nicht scheut, in dem von ihm bekämpften Verkehrsunternehmen die Treppe hinaufzulaufen. Aber es geht wohl einem tüchtigen Deutschnationalen mit dem Dawes-Plan ähnlich wie mit der Regierung: er bekämpft beide, solange sie ihr nicht als Futtertrippe dienen...

Die Ueberlebenden von S. 4 verloren

Der Todesstampf der amerikanischen Matrosen.

Beider lassen die letzten Nachrichten, die uns über die Katastrophe des amerikanischen Unterseebootes S. 4 vorliegen, kaum noch einem Zweifel Raum, daß auch die Ueberlebenden, die sich noch in dem Klumpf des gerammten Schiffes befinden, nicht mehr zu retten sind. Die Klappfächer der Matrosen besagen, daß die letzte Sauerstoff-Flasche angebrochen sei, so daß Dienstagabend 18 Uhr New-Yorker Zeit die Hoffnung aufzugeben werden müßte. Nach dem zuletzt noch vernommenen Schreien scheinen die in dem Unterseeboot eingeschlossenen Besatzungsmitglieder zu schwach zu sein, um regelrechte Klappfächer abzugeben. Der Sturm wird immer heftiger, so daß wenig Hoffnung besteht, das Rettungswerk zu vollenden.

Alle Bemühungen, die Unglücklichen unter dem Wasser zu retten, sind bisher vergeblich gewesen. Tatsächlich kann man sagen, daß nichts Wirksames unternommen werden konnte, weil die Wetterverhältnisse denkbar ungünstig sind. Es ist kaum möglich, an das Schiff, das zwei Meilen tief im Schlamme des Meeres-Grundes liegt, heranzukommen. So meldete ein Taucher bereits nach drei Minuten, daß seine Beine sich an dem U-Boot verwickelt hätten und er jede Bewegungsmöglichkeit verlor hätte. Ein zweiter Taucher blieb blind, um seinen Kollegen in nahezu dreistündiger Arbeit zu befreien. Durch den ungeheuren Luftdruck war der erste Taucher dem Tode nahe und mußte sofort in ärztliche Behandlung gegeben werden. Eventuell soll der Versuch gemacht werden, das U-Boot an einem Ende hochzuwinden, bis der Torpedoraum über die Wasseroberfläche hervorragt, um dann nach Durchschneidung der Stahlwand die Geiselnamen des Meeres zu befreien. Die Wahrscheinlichkeiten für ein Gelingen dieses Versuches sind aber äußerst gering.

Wiederholt mußten die Bergungsarbeiten der Hilfskräfte wegen des orkanartigen Seeganges unterbrochen werden. Drei Bontons, die für Montag erwartet wurden, konnten erst gestern wegen der Wetterlage eintreffen. Ein Bonton, den man bereits bestellt hatte, ist infolge des Seeganges los. Zwei Marinekletterer sind mit sechs weiteren Bontons inzwischen angelangt. Man hat wiederholt versucht, Sauerstoff in den Torpedoraum einzuführen. Umsonst! Beim Öffnen der Ventile drang sofort Wasser hinein.

In schmerzlichen Kreisen bezieht man die Aussichten zur Rettung der Matrosen außerordentlich pessimistisch. Es liegt die besondere Schwierigkeit für die Rettungsarbeiten in der Tatsache, daß S. 4 in ziemlich großer Tiefe und noch dazu auf der Höhe der Äquatorlinie von Providence liegt, wo erfahrungsgemäß eine sehr starke Unterströmung herrscht. Diese Strömung treibt die an ihren Beinen hängenden Taucher, die an dem platten Schiffkörper keinen Halt finden, ebenso wie die herabgelassenen Schläuche und Beine immer wieder ab, so daß sie sich verwickeln und schließlich die unter Wasser Arbeitenden selbst gefährden.

Wir kennen aus dem Kriege die Berichte deutscher U-Boot-Matrosen, die aus dem versenkten Schiff in höchster Todesnot im letzten Augenblicke gerettet wurden, weil willens aus ihren Schiffsbrücken, daß es kaum einen schmerzlichen Tod gibt als dieses Erstickens mit der Ate in der Hand, wo man weiß: Zwei Stunden hast du noch zu leben, dann ist es vorbei, dann ist der Sauerstoff zu Ende, dann geht du mit den schwersten Bekleidungen und unter furchtbaren körperlichen Qualen hinüber. Das entsetzliche Ende der amerikanischen Matrosen jetzt wieder einmal dafür, daß die modernen Kriegsmittel auch im Frieden ihre Hauptgefahr nicht verlieren, zu zeigen. Ein Unglück von dem Ausmaß des Unterganges von S. 4 ist eine erste Mahnung an Regierungen, Parlamente und Völker, endlich mit dem Küstenschutz ein Ende zu machen und ernstlich an das Heranzugehen, was bisher von den Staatsmännern nur im Worte geföhrt wurde die Ueberzeugung und damit die Befriedigung der Welt.

Der Chef der deutschen Marineleitung, Admiral Zanker, hat dem amerikanischen Marineminister bei der Berliner Botschaft der U. S. A. zum Untergang von S. 4 sein und der deutschen Marine Mitleid ausgesprochen. Das entspricht einer selbstverständlichen Pflicht internationalen Anstandes; und auch von anderen Regierungen gehen in Washington andauernd Beileidsbekundungen ein. Dadurch wird die arme Besatzung freilich nicht wieder lebendig. Zur Verhütung solcher Unglücke bedarf es internationaler Vereinbarungen, die, wie es wiederholt auf den verschiedenen Vorkonferenzen, freilich bisher ohne praktischem Ergebnis, besprochen wurde, die für Feind und Freund gefährliche U-Boot-Waffe verbieten.

Ein neues Unglück.

San Diego (Kalifornien), 20. Dezember.

Auf dem in der Bucht von San Diego vor Anker liegenden amerikanischen Flugzeugmutter-schiff ereignete sich heute mittags eine folgenschwere Explosion, durch die den ersten Besatzung zufolge zwei Mann der Besatzung getötet und fünf verletzt wurden.

Explosion in der Rummelsburger Gasanstalt. Schwerer Sachschaden. — Pittsburg im Kleinen.

Von einer folgenschweren Explosion wurde gestern nachmittags das Delgaswerk in der Saganer Straße zu Rummelsburg betroffen. Aus bisher noch ungeklärter Ursache erfolgte im Apparate- und Gasgeneratortraum eine heftige Explosion. Das Dach des einschiffigen Gebäudes wurde zum Teil abgedeckt und mehrere massive Mauern zum Einsturz gebracht. Ein Gasmeister mußte schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden.

Zu dem Unglück werden folgende Einzelheiten bekannt:

Zwischen der Saganer Straße und dem Blochdammweg in Rummelsburg erstreckt sich die Delgaswerke der Firma Gintsch, die einen großen Teil der von Berlin ausgehenden Fern- und Vorortzüge der Reichsbahn für die Beleuchtung mit Gas versorgt. Kurz nach 13 Uhr gab es plötzlich eine furchtbare Detonation. Im Apparateraum waren mehrere Gasbehälter explodiert. Durch den hervorgerufenen gewaltigen Luftdruck stürzten mehrere massive Mauern ein, und ein Teil des Daches in rare Höhe von etwa 12 bis 15 Metern wurde hundert Meter weit fortgeschleudert. Unmittelbar nach der Explosion schossen mehrere große Stichflammen hervor und zogen den übrigen Teil des Daches in Brand. Die Feuerwehr rückte auf den Alarm „Delgas-Explosion“ mit vier Löschzügen unter Leitung des Hauptwärters Anders Herdel. Zunächst wurde der Gasmeister Ernst Töpfer aus Bissdorf, der in dem brennenden Raum eingeschlossen war, von den Feuerwehrmännern geborgen. Er hatte erhebliche Verletzungen erlitten und wurde mit einem Krankenwagen der Reichsbahner Feuerwehr in das Elisabeth-Hospital zu Oberhörnensfelde gebracht. Durch starkes Wälzergeräusch aus mehreren Schlauchleitungen und Zuhilfenahme eines Schaufeljägers konnte der Brand nach zweistündiger Arbeit niedergelämpft werden.

Die Aufräumarbeiten dauerten bis gegen 18 Uhr. Der Schaden ist erheblich, jedoch durch Versicherung voll gedeckt. Der Apparateraum ist völlig zerstört. Das angrenzende Maschinenhaus wurde ebenfalls schwer beschädigt und die Maschinenanlagen zum Teil vernichtet. Es kann als Offiziumstand bezeichnet werden, daß die Explosion nicht noch folgenschwerere Formen angenommen hätte. Immerhin ist mit einer Betriebsunterbrechung, wahrscheinlich sogar mit einer Stilllegung des Betriebes auf etwa zwei Wochen zu rechnen. Während dieser Zeit müssen, wie uns von der Reichsbahndirektion Berlin mitgeteilt wird, die bisher mit Delgas

versorgten Züge der Fernzüge sowie die Züge der Wanneseebahn und einiger Vorortstraßen mit Steinkohlengas gefüllt werden, wodurch die Güte der Beleuchtung etwas beeinträchtigt werden wird.

Da der schwerverletzte ins Krankenhaus übergeführte Gasmeister Töpfer noch nicht vernommen werden konnte, war es bisher nicht möglich, über die Ursachen der Explosion Aufschlüsse zu gewinnen. In der Unglücksstätte verblieb bis in die Nachtstunden hinein eine starke Brandwolke.

Im Dachstuhl des Vorderhauses Straßener Str. 39 entstand gestern Abend aus noch unbekannter Ursache Feuer, das sich in kurzer Zeit schnell ausbreitete. Der Feuerwehr gelang es nach einständiger Beschäftigung, den Brand zu lokalisieren. Die Aufräumarbeiten dauerten mehrere Stunden.

Oesterreichs Schulforschritt.

Vortragsabend im Oesterreichisch-Deutschen Volkbund.

Der Schulausschuß des Oesterreichisch-Deutschen Volkbundes veranstaltete einen Vortragsabend, der dem Gedanken der Oesterreichisch-Deutschen Schulanfänger gewidmet war.

Ueber die Ergebnisse der Studienfahrt Berliner Lehrer und Lehrerinnen nach Wien sprach Lehrer H. I. Schenker, Berlin, Vorsitzender des Groß-Berliner Lehrerverbandes. Nach seinen dort gemachten Beobachtungen kam er zu dem Urteil, daß die Stadt Wien mit ihren Neuerungen im Schulwesen (über die im „Vorwärts“ schon berichtet wurde) ein großes Vorbild geschaffen hat. Grundzüge dieses Schulforschrittes ist das von der Stadt freigebig mit Mitteln ausgestattete Institut für Lehrerbildung, das die Möglichkeiten pädagogischer Versuche bietet. Dazu kommt die Innigkeit der Beziehungen zwischen Elternschaft und Lehrerschaft, die Mitarbeit der in Wien bestehenden 450 Elternvereine, denen Eltern und Lehrer angehören. Erklärt wurde den Wienern die Umgestaltung ihres Schulwesens dadurch, daß bei ihnen die städtische Schulbehörde zugleich die städtische ist und nicht, wie in Berlin, die Arbeit der Stadt durch eine übergeordnete staatliche Schulaufsicht gehemmt werden kann. Der Vortragende wies darauf hin, daß Ansätze zu dem, was in Wien mit bewundernswürdiger Listkraft ausgeführt worden ist, auch in Deutschland vorhanden sind. Auf deutsche Schulreformgedanken beruht das Oesterreichische Schulforschritt, das unsere volle Anerkennung verdient. Was in Wien getan wurde, ist uns Reichsdeutschen nicht fremd, und kann daher ohne Schwierigkeiten auf das Deutsche Reich übertragen werden, wenn der Ausblick Oesterreichs an Deutschland zuzunehmen kommt. (Beifall.)

Dann folgte Rektor O. Bathe, Berlin, den inneren Aufbau des Oesterreichischen Schulwesens nach den Oesterreichischen Gesetzen vom August 1927. Dem Oesterreichischen Schulwesen geben diese Gesetze eine Einheitlichkeit, durch die es zu einem planvollen Gebäude wird. Von dem Kindergarten und der Grundschule über die Hauptschule zu den höheren Schulen (in Oesterreich „Mittelschulen“ genannt) und zur Universität ist freie Bahn für jede Neuerung geschaffen. Die Schwierigkeit der Aufgabe, jedes Kind dem passenden Bildungsgang zuzuführen, tritt in der Zeit des 11.—14. Lebensjahres auf. Hier kann, entsprechend der Begabung und Reife, der Uebergang in die weiterführenden Schulen (Realschulen, Realgymnasien, Gymnasien) vollzogen werden. Besondere Einrichtungen mit schnellerem Bildungsengang geben die Möglichkeit, auch bei verspätetem Eintritt den Uebertritt in eine weiterführende Schule noch nachzuholen. Rektor Bathe hält den Oesterreichischen Versuch zur Lösung der schwierigen Frage, wie der Uebertritt in eine höhere Schule möglichst weit hinauszugehen werden kann, für durchaus gestützt. Der Oesterreichische Schulaufbau zeigt, schloß er, die wünschenswerte Bemöglichkeit, wo sie möglich ist, aber Einheitsmaß überall da, wo diese notwendig ist. (Beifall.)

In der Ansprache, an der sich viele Redner beteiligten, wurde im wesentlichen anerkannt, daß Wiens Schulwesen einen sehr beträchtlichen Vorsprung vor dem unsrigen erlangt hat. Mehrere Redner betonten die große Freudigkeit und Begeisterung, mit der die Oesterreicher und besonders die Wiener an ihre Reformarbeit herangegangen sind. Sei uns fehle es an der Entschlossenheit, an der Einheitslichkeit des Willens. Ein Ausblick Oesterreichs an Deutschland werde uns keinen „Bal-

Zement.

Roman von Fiodor Gladkow.

Zum Abendessen waren sie nicht im Esstisch, sie versammelten sich in Schramms Zimmer (Schramms Zimmer war voller Felle, Teppiche und gepolsterter Möbel), sie blieben dort oft bis zur Morgendämmerung, was sie aber in Schramms Zimmer machten — das wußte niemand. Nur am Morgen fanden die Aufwärterinnen des Sowjethauses Flaschen unter dem Tisch, feigten Würstchen und Konserndbüchsen aus, und die Morgensonne im Zimmer stand noch Zigarettenstummeln und Hefe.

Und einmal, einige Abende hintereinander, sah man einen Mann von asiatischem Aussehen, mit hervorstechenden, roten Augen und gebogener Nase, Schramms Zimmer beobachtet. Das war Jhelads. Er war bei den Rotgrünen gewesen, ein tapferer Partisan, zwei Jahre hindurch, und war jetzt in den Beamtensstab des Ernährungs-Kommissariats geraten. Barfuß, in einem schmutzigen, zerfetzten Uniformrock — noch aus seiner Partisanenzeit her — stand er geduldig und schweigend vor der Tür, sah mit wilden, hartnäckigen Augen durch die Türspalte und lauschte stundenlang den Stimmen, die hinter ihr versteckt waren. Tief hinter der Wand erklangen Schritte. Jhelads wendete seine krummen Schultern zur Tür und ging zur Seite. Und wenn die Tür sich öffnete und jemand von den vier, die im Zimmer waren, mit trunkenen Augen in die Tolle ging, sah Jhelads rasch durch die geöffnete Tür hinein und hauchte mit gierigen Augen nach den Geheimnissen in dem gemütlichen Neste Schramms. Man bemerkte ihn nicht, ging an ihm vorbei und erriet nicht, warum dieser krumme Grünsche Abend für Abend dort stand. Gehn denn nicht viele Menschen im Gange des Sowjethauses herum? Unterscheidet sich denn Jhelads durch irgend etwas von den anderen gewöhnlichen Menschen, die sich im Sowjethaus herumdrängen?

Über eines Tages wurde er vor dieser Türe vom Kommissar der Ernährungsabteilung, Chapko, entdeckt und geföhrt. Jhelads war nicht rasch genug von der Türe gegangen (Chapko geht hurtig wie ein Spatz). Sie flohen fast mit den Nasen zusammen. „Du hier? ...“

Und seine Augen rollten an ihm herunter von oben nach unten.

„Wahrhaftig! ... Was machst du hier, du Teufelsbräute, splonkerst? ... Gib mal dein Parteibuch her ... Nun!“

Jhelads wurde so rot, daß das Blut fast aus seinem Gesicht spritzte, und seine wütenden Augen trochen unter den Lidern hervor. Er buckelte sich noch mehr zusammen und flüsterte seine Zähne.

„Was heißt ... du hier? ... Was wahrhaftig ... was machst? ... was für Späße? ... Sag bitte.“

Chapko kratzte sich wie ein Hahn in den Nack des Grünschen und bearbeitete ihn hurtig mit seinen Armen. Jhelads verwickelte sich in seine eigene Hufe, machte rasch kehrt, stolperte, fiel und schlug mit dem Kopf an die Wand.

„Wahrhaftig! ... Hier ist kein Zarenregime, verfluchtes Luder! ... Ich werde dich für diese Streiche, schon morgen, aus der Partei herausstreichen, du Hundssohn. ... Ich werde dir Bruder nicht erlauben, Gegenrevolution zu treiben, hier, unter der proletarischen Diktatur ... Nein!“

An die Wand festgenagelt, mit auseinandergeprelzten Armen, bestäubt, sah Jhelads wild, verloren Chapko an, atmete heiser, und seine blutunterlaufenen Augen konnten nicht zur Ruhe kommen — sie sprangen zwischen der Nase und den Bodenknöcheln hin und her und quollen wie Blasen auf.

Aus dem Zimmer kam Badjin heraus und trat mit schweren Schritten, die Hände in den Taschen, ganz nahe an Jhelads heran.

„Was ist los?“

„Ein Spion, ein Schuft ... Wahrhaftig! ... Da hast du — du sagst doch, es gebe kein menschewitsches Grünschen ... Der ist aus der Stelle hier zu verhasen, sofort in die Tscheta ... Meinst du, Teufelsbräute, die Sowjetmacht existiere, damit du hier den verantwortlichen Sowjetarbeitern nachsplonkerst. Den Sowjetarbeitern, für die es keinen Feiertag gibt und die nächstmal nicht schlafen ... Genosse Vorsitzender — nimm ihm sein Parteibuch ab und gib ihm eins in die Presse ... Wahrhaftig!“

Badjin sah Jhelads mit seinen schwarzen, übernatürlichen Augen an.

„Ich kenne dich, Jhelads. Chapko lügt. Er hat zu viel Schnaps getrunken und ist in seiner Besoffenheit bidd geworden.“

Chapko quiekte bestürzt wie ein Vogel, verschluckte sich, klatschte mit der Hand über seinen Schädel.

„Vorsichtiger! ... Was bedeutet das? ...“

„Sprich, Jhelads, ich weiß im voraus, was du sagen wirst, sprich grad, ehrlich und aufrichtig ...“

Jheladses Lippen zitterten und sein Gesicht war vor Anstrengung und Qualen mit Schweiß bedeckt.

„Ja — herumgegangen, herumgegangen, gefaucht, ja! ... Herumgegangen, ausgepöht, wie ihr baut Arbeiterpolitik ... Ihr was tut? ... Warum Schindeln fuchtel? ... Wie fuchst du Arbeitermenschen? ... Was kennst? ... Hunger kennst? Blut kennst? Verwüstung kennst? ... Warum schämst dich nicht? ... Ach, Genosse!“

Badjin stand wie ein Höhlenbild vor Jhelads und hörte ihm streng und aufmerksam zu. Chapko lachte quiekend und trunten, mit einem Pfeifen. Badjin legte seine Hand auf Jheladses Schulter und sagte, es schien, daß nicht seine Stimme, sondern seine ganze Seele sprach: „Genosse Jhelads, geh nach Hause. Morgen wirst du in das Sanktorium kommandiert werden. Du mußt ein wenig zu Kräften kommen. Du siehst, ich verheimliche nicht, was ich tue. Und es ist nicht notwendig, daß du die Genossen beobachtest. In dieser Hinsicht ist die Sache bei uns ausgezeichnet organisiert, und du brauchst da nicht hineinzupähen ... Geh!“

Er wandte sich weg und ging in Schramms Zimmer. Und Chapko sah ihn noch einmal streng von den Füßen bis zum Kopfe an und stockte, Badjin nachahmend, die Hände in die Taschen und sah dadurch noch kürzer und runder aus.

„Wahrhaftig! ... Macht nichts, Luder, ich werde dich schon fassen ... Ehrenwort!“

Zerschlagen und zusammengeschnitten ging Jhelads über den Gang, mit unsicheren Schritten, wie ein Kranker und strich mit der Schulter die Wand entlang.

Vor Schidkys Türe blieb er stehen. Er wußte nicht, hatte er selber die Türe aufgemacht oder war sie offen gewesen — er fühlte nur, wie eine Hand ihn unter den Arm packte und ihn ins Zimmer zog. Er blieb an der Schwelle stehen und sah, wie das Lämpchen über dem Tisch, hinter dem trüben Schatten erlosch. Schweigend ging der Schatten an ihm vorbei und das Lämpchen leuchtete wieder auf und beleuchtete die schmutzige Leere eines kleinen Hotelzimmers, das von feuchten Flecken und Schimmel bedeckt war.

„Nun komm, setz dich ein wenig. Erzähle, was passiert ist. Was für ein Teufel hat dich zu dieser mittlernächtigen Stunde hergeführt?“

(Fortsetzung folgt.)

fast bringen, kein „verwahrlostes Volk“, wie man zuweilen sagen hört, sondern einen neuen Volksteil, der vorwärts drängt und auf dem Gebiete des Schulfortschrittes uns geradezu Führer sein kann.

Dürfen Säuglinge gefilmt werden? Eine juristische Streiffrage.

Dürfen Säuglinge gefilmt werden? Ja, sagt die Polizei, aber nur unter der Bedingung, daß die Forderung des § 6a des Kinderschutzes, der die „Heranziehung“ von Kindern zum Filmen grundsätzlich verbietet, erfüllt ist, nämlich, daß die vorherige Genehmigung der Polizei eingeholt wurde. Unmöglich, sagen die Hersteller von Kulturfilmen. Sollte man vielleicht zum Filmen eines 10 Minuten alten Säuglings die Genehmigung der Polizei einholen und etwa gar unter Angabe seines Namens und Alters.

Dieser lehrerliche Standpunkt hatte dem Hersteller von Kulturfilmen, Herrn Kühnemann, wegen Uebertretung des § 6a des Kinderschutzes auf die Anklagebank gebracht. Im Auftrage des Verbandes der Deutschen Krankenkassen hatte er auf Grund eines Manuskripts des Leiters des Instituts für Frauenkunde, des bekannten Gynäkologen Professor Dr. Siebmann, den Film „Gesunde Mütter, gesundes Volk“ hergestellt. Da gab es verschiedene Maßnahmen von Säuglingen; man sah das Lächeln des Herrn Kühnemann 10 Minuten nach der Geburt in den Armen der glücklichen Mutter; man bewunderte eine Anzahl gesunder schreiender Babys auf dem Tisch des Cäcilien-Krankenhauses; auch verkrüppelte, an Skrofuloze und englischer Krankheit leidende Kinder wurden vorgeführt. Den Abschluß des Films bildete die Treptower Spielweise mit ihrem bunten Kinderreigen. Als aber Frau Regierungsrat Genoffin Dr. Wachenheim dem Fräulein Dr. Woffe am Polizeipräsidium den Film zumontieren ließ, erstattete diese gegen Herrn Kühnemann Strafanzeige wegen Uebertretung des § 6a des Kinderschutzes. Das Gericht erster Instanz sprach den Angeklagten frei. Das Filmen von Säuglingen, erklärte es, fällt nicht unter den Begriff des „Heranziehens“ von Kindern. Herr Kühnemann ersuchte jedoch die Staatsanwaltschaft, gegen diesen Freispruch Berufung einzulegen, da er im Interesse des Vern- und Kulturfilms, das durch den § 6a des Kinderschutzes in unerträglicher Weise eingeengt werde, eine Entscheidung des Kammergerichts herbeiführen wollte. Nun fand die Gerichtsverhandlung in der Filmprüfstelle statt. Da konnte man sich nur allzu leicht davon überzeugen, wie unrecht die Polizei durch eine derartige Auslegung des § 6a des Kinderschutzes hat. Auch die Gutachten des Sachverständigen befaßten nur diesen Eindruck. Professor Langstein, Präsident der Reichsstelle zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, der seinerzeit die Herstellung des Films „Seine Majestät das Kind“ veranlaßt hatte, wie auch Herr Pasch, der den eben genannten Film hergestellt hatte, waren der Ansicht, daß die Herstellung des Films „Gesunde Mütter, gesundes Volk“, zu dem überhaupt kein künstliches Licht gebraucht wurde, die Kinder in keiner Weise schädigen können. Professor Dr. Siebmann beauftragte, daß die Säuglinge im Cäcilien-Krankenhaus ohne besondere Vorbereitung gefilmt worden seien, und Dr. Friedmann, der an der Schaffung des Kinderschutzes selbst mitgewirkt hatte, erklärte, daß der Gesetzgeber nur eine „Beschäftigung“ von Kindern bei Filmaufnahmen verbieten wollte, nicht jedoch ein Filmen, wie es hier der Fall gewesen ist. Das Gericht verkündete nach längerer Beratung den Freispruch, die Sitzung zu verlagern und am Donnerstag Fräulein Dr. Woffe vom Polizeipräsidium zu hören.

Vermisste Kinder.

Seit Montag vor acht Tagen ist die am 4. April 1919 in Berlin geborene Schülerin Elli Reinfeldt, die in der Kogelstraße mit ihrem Großvater mütterlicherseits, ihrer Mutter und zwei Geschwistern wohnte, spurlos verschwunden. Nachdem die Ermittlungen der Vermisstenzentrale der Kriminalpolizei erfolglos geblieben waren, wurde jetzt die Nordkommission, die Kommissare Trettin und Moritz alarmiert, um die Nachforschungen nach der Verschwindenden aufzunehmen. Am Montag, dem 12. Dezember, gab der Großvater, der im Hause als Pfortner angestellt ist, einige Grobchen, für die sie sich Silbersterne für eine Weihnachtsstippe kaufen wollte. Festgestellt ist, daß Elli Reinfeldt zusammen mit einem etwa gleichaltrigen unbekanntem Mädchen in der Zeit zwischen 5 1/2 und 6 Uhr in einem Papiergeschäft in der Regensburger Straße 10a vorpräp. Die im Geschäft vorhandenen Silbersterne gefielen den Mädchen nicht und sie verließen den Laden, ohne etwas gekauft zu haben. Die Klassenlehrerin erklärt, daß sie Elli Reinfeldt für die Unterbringung in der Hiltshausen vorgeschlagen habe. Bekannte dagegen halten sie für sehr begabt. Von anderer Seite wieder wird behauptet, daß Elli ein dreistes Wesen habe und so leicht den Anschein der Klugheit erwecke. Die Befürchtung, daß das Mädchen einem Verbrecher zum Opfer gefallen ist, ist bisher noch in keiner Weise begründet. Mitteilungen darüber, wer Elli Reinfeldt allein oder in Begleitung gesehen hat, wird gebeten, sich bei der Nordkommission Trettin-Moritz im Polizeipräsidium zu melden.

Noch ein anderes Mädchen, die 12 Jahre alte Schülerin Gerda Goldbeck, die bei ihrer Mutter in der Zietenstraße in Charlottenburg wohnte, wird seit dem 12. d. Mts. vermisst. Das Mädchen fuhr in Begleitung einer Bekannten nach Lichterfelde und trennte sich am Bahnhof Pantow von der Frau mit der Angabe, daß sie nach Hause gehen werde. Dort ist sie nicht angekommen und hat sich auch nicht wieder sehen lassen. Die Vermisste ist für ihr Alter ausfallend groß, sie mißt 1,60 Meter, hat einen dunkelblonden Hutentopf, dunkelbraune Augen mit starken Brauen, ein blaßes Gesicht und trug zuletzt eine blaue Mütze, einen blauen Tuchmantel, ein schwarzweiß kariertes Kleid, weiße Wäsche ohne Zeichen, hellbraune Strümpfe und schwarze Lackschuhe. Mitteilungen darüber, wo sie vielleicht ein Unterkommen gefunden und gefunden hat, nimmt die Vermisstenzentrale im Polizeipräsidium entgegen.

Schweres Autounglück in Oberschöne-weide.

In der Berliner Straße zu Oberschöne-weide ereignete sich gestern Abend ein schweres Autounglück, bei dem vier Personen zum Teil lebensgefährliche Verletzungen davontrugen. Der Führer eines Privatautos, der zwanzigjährige Billi Böhme aus der Uferstraße 21 in Erkner, fuhr beim Überholen einer Straßenbahn auf den Bürgersteig und raste in vollem Tempo gegen einen eisernen Zaun. Das Auto wurde zertrümmert und Böhme sowie die drei Insassen, die vierzigjährige Frau Marie Horn aus der Friedrichstraße 64, der vierundzwanzigjährige Kaufmann Herbert Wachow aus der Friedrichstraße 63 und die achtzehnjährige Charlotte Giebler aus der Friedrichstraße 64, sämtlich zu Friedrichshagen, schwer verletzt. Die Feuerwehr befreite die Verunglückten aus den Trümmern und sorgte für ihre Ueberführung in das Elisabeth-Hospital. Die Verletzungen des Böhme und der Frau Horn sind so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt werden muß. Die Schuld soll nach Zeugenaussagen den Führer des Privatautos treffen.

Zwei Todesstürze.

Auf tragische Weise kam gestern Abend die 43jährige Frau Auguste Schinke ums Leben. Beim Wäscheaufhängen stürzte sie aus dem Fenster ihrer im zweiten Stockwerk des Hauses Wäinzer Straße 18 in Lichtenberg gelegenen Wohnung auf den Hof hinab. Die Verunglückte wurde in das Lichtberger Hubertus-Krankenhaus gebracht, doch trat bereits auf dem Wege dorthin der Tod ein. — Bei Reparaturarbeiten auf dem Dach des Hauses Emier Straße 97 in Neudölln verlor der 18jährige Schwefelkammer-Crawin

Der Millionenstrom.

Die Gehaltserhöhungen werden ausgezahlt.

Auf 453 Millionen Mark hat man die Summe berechnet, die durch die Besoldungsneuregelung aus den Staatskassen in die Taschen der Reichsbeamten manövriert. 453 Millionen Mark jährlich — das ergibt einen ansehnlichen Geldstrom, der — Hundertmarktschein an Hundertmarktschein — eine Länge von nicht weniger als 835 Kilometer haben würde, also fast an die Länge der Oder heranreicht.

Dieser riesige Geldstrom teilt sich in zwei große Arme:

293 Millionen für die eigentlichen Reichsbeamten, 346 000 an der Zahl, und 160 Millionen für das Heer der Kriegsveteranen. Der erste Arm teilt sich weiter: 148 Millionen werden für die Beamten der Reichsverwaltung, 145 Millionen für die der Reichspost beanprucht.

Und dann geht es weiter in immer feiner und dünner werdenden Verästelungen vom Postministerium zur Oberpostdirektion, von der Oberpostdirektion zur Postdirektion, bis in alle die vielen Hunderte von Dienst- und Verwaltungsstellen. Worum es sich dabei handelt, ist die sorgfältige Berechnung der einzelnen Beamtengehälter nach dem neuen, bis zum Oktober dieses Jahres rückwirkenden Gesetz. Da die meisten Gehälter schon längst festliegen, haben die höheren Verwaltungsstellen an die ihnen nachgeordneten Behörden Formulare ausgegeben, damit in der Berechnung der Beamtensätze alles so vorbereitet ist, daß es nur noch einer Verfügung des Ministers bedarf, damit prompt vor Weihnachten den Beamten die Nachzahlungsbeträge ausgehändigt werden können. So wird denn in den Verwaltungen

gerechnet und gerechnet.

Was muß dem Briefträger Müller in Berlin, Anfangsgehalt, Frau und ein Kind, noch ausgezahlt werden? Eilt fährt der Finger des Sekretärs die Tabellenreihen entlang, liest, findet, schreibt: früher 175 M., jetzt 202 M., monatlich, also 27 M. mehr; davon erhalten 25 M., bleibt Rest 2 M., macht für die drei Monate seit Oktober 6 M. („Sechs Mark“), kriegt der Sekretär auf die Nachzahlungsanweisung für den Briefträger Müller. Sechs Mark! Für die Gattin des Bankiers eine Kappalle, für die Frau des Briefträgers immerhin Geld! Zwei harte, bunte Taler! Einige Möglichkeiten, am Weihnachtsoabend einen dankbaren Blick, ein Lächeln mehr hervorzuzaubern! Zuweilen aber ergibt die Rechnung auch, daß der gezahlte Betrag höher ist als das endgültig festgesetzte Gehalt. Aber in der Zukunft wird die Erhöhung sich voll auswirken.

Der Millionenstrom fließt durchaus nicht in barem Gelde von der Reichsbank zum Postministerium und dann weiter über Oberpostdirektion usw. bis in irgendeine kleine Agentur in der Mark. Es werden keine gebündelten Packen Banknoten und Rollen Silbermünzen verschickt. Es werden noch nicht einmal Schecks usw. von Dienststelle zu Dienststelle weitergeleitet und in „bargeldloser“ Form der Millionenstrom markiert. Vielmehr wendet sich jede Dienststelle an die für sie zuständige Kasse oder Reichsbankfiliale, sobald die ministerielle Verfügung im Amtsblatt veröffentlicht ist. Es ist alles so organisiert und vorbereitet, daß es nicht mehr des langen Instanzenzuges bedarf. Die Staatsmaschinerie ist eingesperrt auf solche Aufgaben. Rüdtern bearbeitet sie die Aufgaben, die in oft leidenschaftlichen Debatten im Reichstage beschlossen wurden...

Knopp aus der Emser Straße 91 in Neudölln infolge der Blüte den Hals und stürzte kopfüber auf den asphaltierten Hof hinab. Er wurde in schwerem Zustand durch das Rettungssamt in das Budower Krankenhaus übergeführt, wo er kurze Zeit nach seiner Entlieferung starb.

Die Geschäftseinlagen.

Als die Zinszahlung stockte...

Der 46 Jahre alte Handwerker Georg Gläser betrieb seit einer Reihe von Jahren in der Neuen Königstraße 20 eine Pfandleihe, die mehrere Räume umfaßte. Schon vor Monaten verschaffte sich Gläser von kapitalkräftigen Leuten Geschäftseinlagen in Höhe von 10 000 bis 20 000 Mark, die angeblich zur Ausdehnung seines Unternehmens erforderlich waren. Er sicherte hohe Zinsen und Gewinnbeteiligung zu und verpfändete außerdem die wertvollen Pfandobjekte, Schmuckstücke, Silberfachen, Pelze u. a. m.

Als in der Zahlung der Zinsen eine Störung eintrat, schloß die Geldgeber Verdacht und erstateten Anfang Dezember Anzeige bei der Kriminalpolizei. Gläser, der sich wohl in seinem Betriebe vor dem Ansturm der Gläubiger nicht sicher fühlte, ließ sich kaum noch dort sehen und suchte auch seine Besichtigung in Königsmusterhausen nicht mehr auf. Er schien aus Berlin verschwunden zu sein. Durch langwierige Ermittlungen wurde nun festgestellt, daß seine nicht eingelösten Verpflichtungen mehrere hunderttausend Mark betragen. Er hat die Pfandobjekte, die er als Sicherheit anbot, nicht nur einmal, sondern dreimal, viermal verpfändet. Der Pfandling wurde schließlich in einem Pensionat in der Jerusalemer Straße ermittelt, wo er sich verborgen hielt. Als die Kriminalbeamten des Polizeiamts Mitte gestern dort überraschend eindringen, wollte man Gläser zuerst verleugnen. Dann erklärte er, der sich in seinem Zimmer eingekerkert hatte, er werde die Tür öffnen, tat es aber nicht. Es blieb daher den Beamten nichts weiter übrig, als mit Gewalt einzudringen. Gläser benutzte die Zeit und versuchte sich durch einen Renouverschub das Leben zu nehmen, die Waffe verfolgte aber. Jetzt brachte er sich mit einem Rasiermesser Schnitte an den Pulsadern bei. Die Beamten sandten ihn in einer Blutlache auf dem Fußboden liegen, holt einen Arzt, der einen Verband anlegte und ließen den nicht lebensgefährlich Verletzten nach dem Scharstrassenhaus bringen. Das Geschäft in der Neuen Königstraße wurde polizeilich geschlossen, die vorhandenen Pfänder beschlagnahmt und sichergestellt. Ohne Zweifel hat Gläser die ihm anvertrauten Gelder nicht nur für seinen Betrieb verwendet, sondern sich noch in andere Transaktionen eingelassen. Wie hoch die Gesamtsumme seiner Verpflichtungen ist, läßt sich noch nicht übersehen, es ist auch anzunehmen, daß verschiedene Geldgeber noch keine Anzeige gegen ihn erstattet haben. Wer mit Gläser in Verbindung getreten ist, und ihm Geld geliehen hat, wird dringend ersucht, sich an Kriminalkommissar Goetsch, Polizeiamt Mitte, Am Rottenturm 1, zu wenden. Die Untersuchung über die Wadenschaffen des Festgenommenen sind noch im Gange.

Vorsicht beim Betreten von Eisflächen! Mit Rücksicht auf die Gefahren, die mit dem Betreten der Eisflächen verbunden sind, warnt der Polizeipräsident vor dem unvorsichtigen Betreten insbesondere der Eisflächen auf den öffentlichen Wasserläufen. Eine Prüfung der Stärke der Eisfläche und eine Freigabe der gepulverten Fläche durch die Polizei für die Eispatrouillierenden findet nicht mehr statt.

Funkwinkel.

Ein außerordentlich schönes Abendprogramm: Prof. Franz Fall, der Direktor der Wiener Staatsoper, brachte mit dem Funtorchester Brudners Dritte Sinfonie. Fall, ehemals Schüler von Brudner, ist ein glänzender Interpret seines Meisters. Die lebensschaffende, Wagner gewidmete Sinfonie wurde vom Dirigenten erfreulich unpersönlich, im schönsten Sinne musikalisch hingestellt. Fall bemühte sich, nicht etwas in das Wert hineinzulegen, sondern das, was der Meister ihm mitgab, herauszuholen. Beethovens erste, unproblematischste Sinfonie ging dem Werk Brudners voran. Auch hier gab der Dirigent ohne Klugelei, edle, edle Musik. — Dr. Karl Würzburgers „Praktische Erziehungsfragen“ ist schon deshalb so wertvoll, weil der Vortragende stets bemüht ist, von den gegebenen Tatsachen des täglichen Lebens auszugehen. So sieht er bei der Behandlung des Themas „Kind und Geld“ keinen Augenblick außer acht, daß in den meisten Familien das Geld ein Hauptfaktor des Lebens ist. Doch der Vortragende warnte: „Daß das Geld nicht vor euren Kindern zu einem Gott werden, der das Glück des Lebens geben und verweigern kann; sonst werden die Kinder lernen, sich vor diesem Gott zu bücken und in seinem Dienste zu wagen.“ — Unterhaltend planterte Gartenbaudirektor Ludwig Löffler mit einer Blumenfreundin über „Zimmerpflanzen und ihre Pflege im Winter“. Aber vielleicht hätte der Vortragende noch manche Frage eingehender behandeln können, wenn die schwärmerischen Ergüsse der Blumenfreundin etwas zusammengefaßt worden wäre. — Dr. Max Hirschdorf zeigt in seinem „Zyklus Weltgeschichte in Anekdoten“, wie sich Alexander der Große in Dichtung und Geschichte spiegelt, und wie sich aus Wahrheit und Unwahrheit mosaikartig das charakteristische Porträt dieses einstigen Weltbeherrschers zusammenfügt.

Herr von und zu Egloffstein. Sein Geständnis — seine Frauen.

Der Prozeß des Herrn von und zu Egloffstein geht nicht ganz planmäßig voran. Benignus hatte er sich einen Verlauf anders gedacht. Neben ihm auf der Anklagebank sitzen Leidensgefährten. Egloffstein glaubte sie in die Gewalt seiner Suggestivkraft zu haben. Er hat sich geirrt.

Gestern machte ihm der Angeklagte Salwitzschel in der Sache der Altkennzeichnung Scheins plötzlich einen Strich durch die Rechnung. Er wollte nicht mehr Komödie spielen, erklärte er, er wolle nicht mehr nach der Pfeife Caloffsteins tanzen, er habe vorbesten die Unwahrheit gesagt. Caloffstein sei es gewesen, der ihm die Akten gegeben habe. Herr von und zu Caloffstein protestiert: „Alles Vagel!“ — „Rein, Du Vagel!“ ruft ihm Salwitzschel entgegen. Aber nach der Pause geben die Rechtsanwältin Thoma und Fuchs im Namen ihrer Klienten eine Erklärung ab, er habe tatsächlich die Akten von einem Beamten erhalten, jedoch nur zur Aufbewahrung, weil dieser sich gefürchtet habe, sie bei sich zu Hause zu behalten — also nicht Diebstahl, sondern Hehlerlei. Ein Geständnis, wenn auch nur ein halbes. Der Beamte ist nicht bekannt. Standhaft bleibt aber Caloffstein in der Affäre Mendelssohn. Einzelne Schriftsätze aus den Vollstreckungsakten dieses seinerzeit zu einigen Monaten verurteilten Studenten wurden in der Wohnung der Frau E. in Wien gefunden. „Ja, diese Frau E.“ klagt Caloffstein. „Ich war bei ihr Chauffeur, Rechtsberater, und sie hat mich zu ihrem Liebhaber degradiert. Als sie aber von der Existenz meiner Frau, des Fräulein B. erfuhr, schwor sie mir Rache und nahm die Schriftsätze aus der Sache Mendelssohn mit sich nach Wien.“ Wie waren aber die Papiere dieser Akten zu Caloffstein gekommen? Hatte er sie etwa gestohlen? Keine Idee. Er hatte sie aus der Aktenmappe des Justizbeamten Rahn entnommen, um diesem Unannehmlichkeiten zu bereiten. Denn dieser Rahn, der Bösewicht, habe seine Braut bei der Polizei als prostituierte angezeigt. Die B. hängt heute noch mit rührender Liebe an Caloffstein. Sie hat sich jetzt um seine Waise um ihrem Mann scheiden lassen. Sie hat die Schuld auf sich genommen; sie besaß sie ihn auf der Flucht. Ihre Schilderung, wie er unterwegs sich wiederholte um ehrliche Arbeit bemühte, wie er wegen der Stellung eines Hundepfleger nach Budapest geschrieben habe, wie er als Zeitungshändler unter der Last von Zeitungsmappen mehr als einmal zusammengebrochen sei, bringt einem den Angeklagten menschlich näher. — Am Donnerstag finden die Plädoyers statt.

Weihnachten der Taubstumm.

Mit viel Liebe und noch mehr Mühe hat man versucht, diesen Armen der Armen in ihrer Weltabgeschlossenheit auch ein wenig Weihnachtsfreude zu bereiten. In der städtischen Taubstummenanstalt in der Albrechtstraße sahen 240 Jünglinge in Begleitung ihrer Lehrer und Angehörigen im festlich geschmückten Saal; mit großen, tragenden Augen, ihrem einzigen Mittel des Geschehens um sie herum, blickten sie ungeduldig und voll kindlicher Freude der weihnachtlichen Ueberraschungen. Weihnachtlieder leiteten die Feste ein, dann folgte ein Sprechchor der Kleinen aus „Des Anaben Wunderhorn“, rührend, erlösend, in all der Tragik verkümmerten Menschentums. Während der Gesangsarrangements durch das Lehrerkollegium wurden Bildblätter für die Kinder gezeigt. Der Anstaltsdirektor Scharf hielt hierauf eine sehr schöne, warmempfundene Ansprache, der verschiedene Weihnachts- und Krippenspiele, dargestellt von Schülern der Anstalt, folgten. Im Weihnachtsreigen zeigten die Kinder bewundernswerte Grazie und musikalisches Gefühl, dem man eine liebevolle, geduldige Schulung anmerkte. Nach der Feste gab es, verteilt auf die verschiedenen Klassenzimmer, noch eine hübsche Weihnachtsfeierung mit Geschenken und bunten Tellern. Jeder hatte sein Weihnachtsstübchen, einen Teller voll Süßigkeiten, auf dem zuberst als Kompaktum ein Paar Würstchen thronen; die Mädchen bekamen hübsche Taschentücher, die Jungen Krüge und Keramite oder andere nützliche Kleinigkeiten. Und sie freuten sich alle so sehr, sie lachten und dankten mit ihren Augen und aller Jubel, der sich nicht Bahn brechen konnte in Worten, der strömte sich aus in wilden, ungebärdigen Bewegungen unheimlicher, tiefempfundener Freude. Das Weihnachtlicht erstirbt noch einmal so hell dem, der nur das Dunkel kennt.

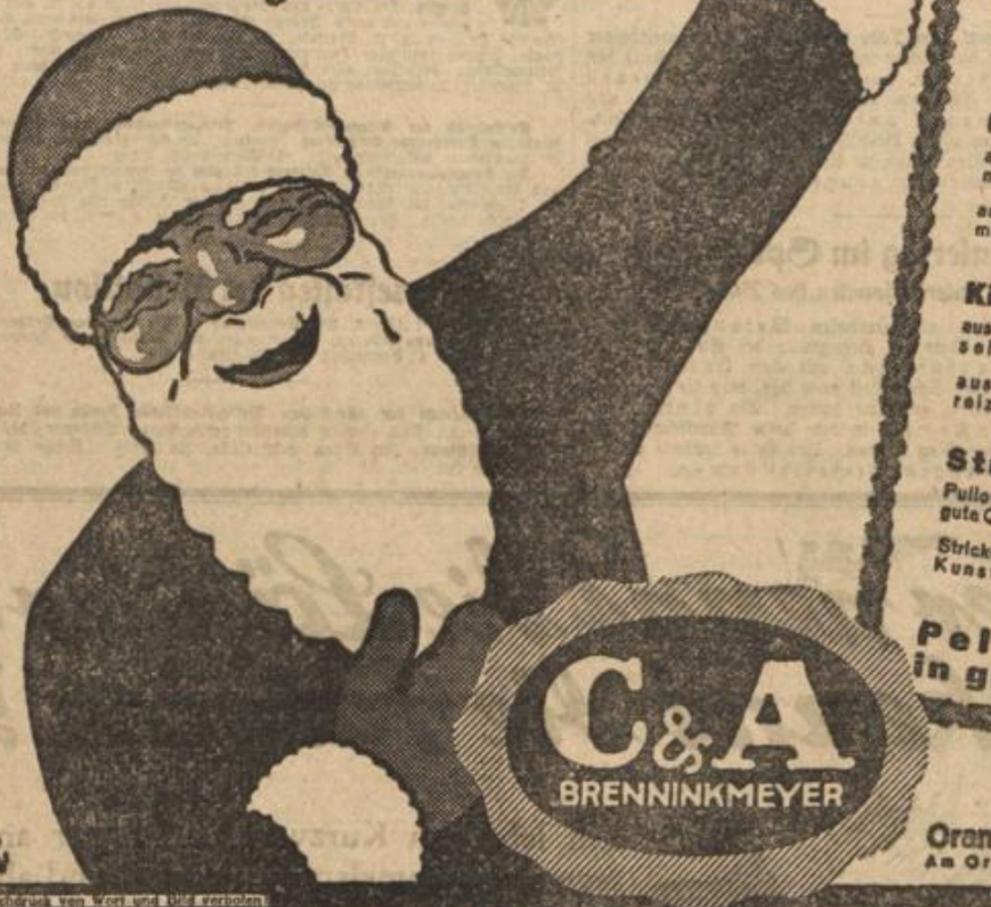
Selbstmordversuch eines Magistratsbeamten.

Mit zwei schweren Schusswunden wurde in der vergangenen Nacht im Jagen 153 des Brunnenwalds, in der Nähe des Restaurants Schildhorn, ein Mann aufgefunden, in dessen Taschen man einen Zettel mit der Aufschrift „Wittum Herrmann L.“ Greifswalder Straße fand. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen Magistratsbeamten Hermann Krause handelt. Das Motiv zu der Tat ist allem Anschein nach in der Verschuldung des Mannes zu suchen. Krause, ein Mann von 49 Jahren, war der Spellessenschaft verfallen und hatte sich so aller Mittel entblößt, daß er nicht mehr aus noch ein wußte. Er fuhr in den Brunnenwald hinaus und brachte sich die Schussverletzungen bei. Vernehmungen im Amte sind bisher nicht festgestellt worden.

**Ess' mehr Früchte,
und Ihr bleibt gesund!**

Kinder!-

das kost't mich
ja selbst mehr!



- | | | | |
|----------------------------------------------------------------------------|------------------|----------------------------------------------------------------------------|------------------|
| Mod. Kleider
aus Cheviot oder Flanel, sehr vorteilhaft | 2 ⁵⁰ | Winter-Mäntel
aus schönen Stoffen, in modernen Farben | 4 ⁷⁵ |
| Servier-Kleider, prima Zaneila, m. kurzen Aerm. | 3 ⁰⁰ | aus mod. Phantasiestoff, z. T. Plüsch od. Pelzschmuck | 9 ⁵⁰ |
| Woll-Kleider
aus Popelin, in jugendlich-fescher Form | 4 ⁷⁵ | Velours-Mäntel
in schöner Qualität, mit modernem Plüsch garniert | 11 ⁵⁰ |
| aus Ripé, in verschied. Formen, auch große Weit | 14 ⁵⁰ | In schöner Qualität, mit modernem Pelzschmuck | 17 ⁵⁰ |
| Tanz-Kleider
aus Crêpe de Chine, z. T. mit hübscher Spitze | 9 ⁵⁰ | Ottoman-Mänt.
mit geschmackvoller Plüsch-Garnierung | 12 ⁵⁰ |
| aus Veloutine, flotte Form., reiche Garnierung | 19 ⁷⁵ | mit reicher Pelz- oder Plüschgarnier., auf Futter | 19 ⁷⁵ |
| Gesellsch.-Kld.
aus Crêpe Georgette, mit Perlen u. Spitzengarn. | 17 ⁵⁰ | Seal-Plüsch-Mtl.
schöne kleidsame Formen, ganz auf Futter | 26 ⁵⁰ |
| aus Crêpe Satin, sehr mod. Formen und Farben | 35 ⁰⁰ | in hochwertiger Qualität, ganz auf Damasse | 45 ⁰⁰ |
| Kinder-Kleider
aus Waschamt, in sehr hübschen Farben | 2 ⁷⁵ | Kinder-Mäntel
aus praktischen Stoffen, in modernen Farben | 2 ⁷⁵ |
| aus Popelin, in den reizendsten Macharten | 3 ⁵⁰ | aus Velours, mit Plüsch- oder Pelz-Garnierung | 7 ⁵⁰ |
| Strickwaren
Pullover und Lumberjacks gute Qualität, schöne Farb. | 4 ⁵⁰ | Röcke / Blusen
Röcke in verschiedenen Stoff- und Macharten | 3 ⁷⁵ |
| Strick-Kleider mitherlich, Kunstseiden-Effekten | 9 ⁷⁵ | Blusen aus Crêpe de Chine, in vielen Farben | 7 ⁵⁰ |

Pelz-Jacken und Pelz-Mäntel in großer Auswahl, enorm billig!

Oranienstr. 40 Chausseestr. 113 Königstraße 33
Am Oranienplatz beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Mittwoch zur Verfügung! - Schriftl. Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Wahrung! Betriebsgröße Wahrung!
Die Betriebsgröße-Zeitschrift Nr. 26 ist erschienen und kann gegen Vorlegung der Legitimationskarte des Betriebsratsvorsitzenden in unserem Bureau, Zimmer 5 oder nach 4 Uhr im Zimmer 4 entgegen genommen werden.
Die Ortsverwaltung.

Die Ortskrankenkasse der Gürtler zu Berlin, Oranienstr. 134, ist ab zum 1. Januar 1926 aufgelöst und die Sozialversicherung vertauscht. Die Versicherungsbeiträge sind unter dem Kennwort „Bewerbung“ bis zum 28. Dezember 1925 an den Vorstand der Ortskrankenkasse der Gürtler zu Berlin, Oranienstr. 134, zu überreichen.
Ortskrankenkasse der Gürtler zu Berlin.
Der Vorstand.

Überall zu haben!

van Heussen
DER
HALBSTEIFE KRAGEN
D. R. G.
Deutsche Fabrik

Elegant und doch bequem!
Billigste Hauswäsche

Wenn ich, was ich kann
Ludwig Stopsack
zu seinem 70. Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche
92. Abteilung Neu. 61. u.
Die Ortsverwaltung.

Noch länger, mit Geduld ertragender
Kampfzeit grüße der Tod meinen
lieben Mann, den
Gastwirt
Karl Thiedke
im vollendeten 84. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Anna Thiedke
Wilhelm-Strasse 20.
Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 22. Dezember, 1925, Uhr nachmittags, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichshagen, Bahndamm, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Nachruf
Den Mitglieðern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gürtler
Richard Wagner
am 18. Dezember gestorben ist.
Es sei ihm Ruhe! Die Ortsverwaltung.

Am Montag, dem 18. Dezember, sonntags 10⁰⁰ Uhr, wird nach kurzem, hohem Leben mein lieber Mann, Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Zahnarzt
Friedrich Pilz
Kochstr. 27
im 57. Lebensjahre
im stillen Todesschlaf
Frau Lina Pilz
Mildenerd-Unterstr. 10 geb. Pils
Die Beisetzung findet am Freitag, dem 22. Dezember, nachmittags 16⁰⁰ Uhr, im Krematorium Friedrichshagen, statt.

AN ALLE ergeht der Ruf: Schenkt Bücher!

FÜR DICH als Parteigenosse gibt es nur eine Quelle: Deine Parteibuchhandlung!

Von Mund zu Mund schallt es: Das gute und fortschrittliche Buch für jedes Alter kauf nur bei **J. H. W. Dietz Nachf.**

Wann und Wo?
Täglich von 9 bis 19 Uhr,
Lindenstraße 2, am Belle-Alliance-Platz

Parteibuchhandlung
J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H.
(vorm. „Vorwärts“-Buchhandlung)

Nur gute Ware zu billigsten Preisen in größter Auswahl!

Über 500 verschiedene Taschen- u. Armbänder, von 5.- Mk. an

MAX BUSSE Brunnenstraße 175/177
BERLIN N (an der Invalidenstr.)
Fachmännisch geleitetes Spezialgeschäft für Uhren aller Art, Juwelen, Gold- und Silberwaren

Weihnachts-Ausstellung in 10 Schaufenstern

Wandervolle Neuheiten in Schmucksachen

Großes Lager in Stand- u. Wanduhren

Guter Gebrauchswecker 2.50 Mk.

Übler Mundgeruch
HABLICHER Zahnbelag beseitigt.

(Ein Urteil von Vielen): Nachdem ich fünfzehn Jahre lang Verbraucherin Ihrer Chlorodont-Zahnpaste gewesen bin, drängt es mich, Ihnen heute endlich meine Anerkennung zu wieder ausgesprochenen Präparat auszusprechen. Das Publikum wird ja mit Cosmetika geradezu überhäuft, und zumal uns Weibern wird ja manches ins Haus geschickt, was wir an uns und unseren Patienten ausprobieren sollen, daß uns mitunter die Wahl nicht leicht werden mag, zumal zwischen ziemlich gleichwertigen Mitteln. Vor Jahren probierte ich und kam schließlich zu dem Resultat, daß Chlorodont zur Sauerhaltung der Zähne und Reinigung der Mundhöhle am besten geeignet ist. Ich bin seit vielen Jahren Anwenderin, — wenn auch nicht in übertriebenem Maße, — trotzdem sind meine Zähne immer blendend weiß. Auch habe ich, solange ich zurückdenken kann, nicht mehr an üblem Geruch oder Mundgeruch geühten. Jedenfalls habe ich seit fünfzehn Jahren jedes Probenier aufgegeben und bleibe Ihrem Chlorodont treu; ebenso braucht es meine Familie und verehrte ich es, so oft ich dazu Gelegenheit habe, in meiner Praxis. S. Dr. J. R. G., Berlin.

(Originalbrief bei unserem Motor hinterlegt) Nr. 2

Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 20 Pfg., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pfg. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und wolle jeden Ersatz dafür zurück.

Bauarbeiter, aufgepaßt!

Der Neunstundentag geht um.

Der hartnäckige Kampf der Bauunternehmer gegen den Auktundentag ist, nachdem sie vor dem Haupttarifamt kein Glück hatten, jetzt in die Länder getragen worden. Der Reichsarbeitsminister hält eine zentrale behördliche Regelung der Arbeitszeit nicht für zweckmäßig, weil nach seiner Auffassung in der Arbeitsmarktlage und im Klima die einzelnen Gegenden stark von einander abweichen. Er hat es daher den Ländern anheimgestellt, gemäß § 6 der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 auf Antrag eine den jeweiligen örtlichen Bedürfnissen entsprechende Regelung der Arbeitszeit nach Anhörung der beiderseitigen Vereinigungen zu treffen. In Anbetracht der günstigen Auswirkungen (1), die eine Verlängerung der Arbeitszeit während der frostigen Monate für Verbilligung (2) des Bauens und für eine raschere Beseitigung der Wohnungsnot im Gefolge haben könnte, würden, so erklärt der Reichsarbeitsminister in seinem Rundschreiben an die Sozialministerien der Länder, „meinerseits gegen eine solche Verlängerung keine Bedenken bestehen, sofern sie nach Lage der Verhältnisse durchführbar erscheint und sich in angemessenen Grenzen hält.“

Der Reichsarbeitsminister, der sich selbst die Finger nicht verbrennen möchte, versteckt sich hinter die Länderregierungen. Selbstverständlich haben die bauergewerkschaftlichen Unternehmer sofort die Länderregierungen mit einem langen Schriftsatz bombardiert, worin auf Grund des § 6 der Arbeitszeitverordnung für die Monate vom 15. April bis 15. November eine neunstündige tägliche Arbeitszeit gefordert wird.

Bis jetzt ist noch nicht bekannt geworden, daß die Unternehmer mit ihrem Vorstoß bei den Länderregierungen irgendwie Erfolg gehabt haben. Die Bauarbeiter tun aber jedenfalls gut daran, Vorsicht walten zu lassen und auf dem Posten zu sein. Noch weiß niemand, wie sich die Baufunktion im nächsten Jahr gestalten wird. Allem Anschein nach nicht besonders günstig; denn auf dem Kapitalmarkt steht es trüb aus. Die Bauunternehmer wollen aber trotzdem schon jetzt den Neunstundentag garantieren, damit sie „fakturieren“ können und die Baupreise „verbilligen“ können. Man darf gespannt sein, welche Sozialministerien auf diesen albernem Schwindel hereinfallen.

Ein Erfolg des Einheitsverbandes.

Betriebskrankenkasseelectionen bei der Reichsbahn.

Das Resultat der zu Beginn des Monats in den meisten Betriebskrankenkasseelectionen bei der Reichsbahn vorgenommenen Wahlen liegt nunmehr vor. Die Wahlbeteiligung betrug im Durchschnitt 82 Proz. Diese hohe Wahlbeteiligung zeigt, daß die Eisenbahner erfreulicherweise ein ungewöhnlich starkes Interesse an ihren sozialen Einrichtungen haben. Die Mandate waren heftig umstritten; viel Kleinarbeit mußte geleistet werden. Man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß bei den diesjährigen sozialen Wahlen hinsichtlich der Wahlbeteiligung und der Wählbarkeit unter allen Berufsgruppen die Eisenbahner an erster Stelle stehen.

Die Stimmen verteilten sich auf die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen wie folgt: der freigewerkschaftliche Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands erhielt 190 397 Stimmen, der Hirsch-Duncker'sche Eisenbahnerverband 26 844, der Christliche Verband 54 146 und der Industrieverband 2415 Stimmen. Der Anteil des freigewerkschaftlichen Einheitsverbandes an den abgegebenen gültigen Stimmen beträgt im Durchschnitt 70 Proz. Dieses Wahlergebnis — es steht nur noch die große Kasse für den Bezirk Hannover aus — bedeutet einen glänzenden Erfolg der freigewerkschaftlichen Organisation.

Die Kämpfe in der Textilindustrie.

Verhandlungen in Sachsen-Thüringen.

Für die sächsisch-thüringischen Webereien finden am 21. Dezember abermals Schlichtungsverhandlungen statt. In den Webereien war von den Arbeitern der bisher gültige Ranteltarifvertrag gekündigt und ein Entwurf zum Abschluß eines neuen Vertrages beim Arbeitgeberverband eingereicht worden. Die Parteiverhandlungen scheiterten, doch einigte man sich dahin, eine Schlichterkammer zu bilden. Die Verhandlungen unter dem Vorsitz des zuständigen Schlichters, Ministerialrat Dr. Hauschild, die am 7. Dezember stattfanden, führten jedoch zu keinem Ergebnis.

Beschlüsse der Reichskonferenz der Formner.

Die Reichskonferenz der Formner in Frankfurt a. M. nahm am Dienstag nach Abschluß der Aussprache über das Referat Handlkes zur Frage der Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Webereien Deutschlands folgende Entscheidung an: „Bei der tariflichen Regelung der Akkordarbeit müssen künftig die bisherigen, den Arbeiter schädigenden Auswirkungen beseitigt werden. Bei ständiger Lohnarbeit ist eine entsprechende Leistungszulage festzusetzen, desgleichen eine Sicherheitszulage sowie eine Entschädigung für Wartezeit. Die technischen und anderen Einrichtungen in den Webereibetrieben sind so zu gestalten, daß die Arbeitsausführung erleichtert wird. Um Gesundheitschädigungen zu beseitigen, sowie Unfälle zu verhüten, sind bessere sanitäre Einrichtungen und Unfallverhütungsmittel erforderlich. Außerdem müssen die Vorschriften für Krankheits- und Unfallversicherung durch geeignete Anordnung verbessert werden. Die Frauenarbeit in den Webereibetrieben ist zu beseitigen, jedenfalls sind die gesundheitsschädigenden Arbeiten für Frauen an den Formermaschinen und in der Gubpuzerei zu vermeiden. An Stelle der bisherigen Behringsschichterei muß durch theoretischen und praktischen Unterricht eine bessere Lehrlingsausbildung ermöglicht werden. Die achtstündige Arbeitszeit in den Webereien ist durch geeignete oder tarifliche Bestimmungen und, wenn erforderlich, durch Kampfmaßnahmen zu sichern.“

Die Präsidenten des Landesarbeitsämter.

Der Herr Reichspräsident hat nach Benehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und den obersten Landesbehörden zu Präsidenten der Landesarbeitsämter ernannt: 1. für den Bezirk Ostpreußen den Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Gahner; 2. für den Bezirk Schlesien den Landesrat Görtner; 3. für den Bezirk Brandenburg den Stadtrat Brühl; für den Bezirk Pommern

den Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium Kretschmann; 4. für den Bezirk Nordmark den Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Dr. Sjöberg; 5. für den Bezirk Niedersachsen den Präsidenten der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt in Bremen Dr. Link; 6. für den Bezirk Westfalen den Direktor des Landesarbeitsamtes Westfalen Dr. Ordemann; 7. für den Bezirk Rheinland den Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Kiffong; 8. für den Bezirk Hessen den bairischen Arbeitsminister a. D. und Präsidenten des Gewerbeaufsichtsamtes Ministerialrat Dr. Engler; 9. für den Bezirk Mitteldeutschland den Abteilungspräsidenten im Landesfinanzamt Berlin Dr. Lößlich; 10. für den Bezirk Sachsen den Amtshauptmann von Dresden-Land Dr. Schulze; 11. für den Bezirk Bayern den Ministerialdirigenten im Reichsarbeitsministerium Geh. Regierungsrat Kerstensteiner; 12. für den Bezirk Südwestdeutschland den Ministerialrat im württembergischen Wirtschaftsministerium Edlin.

Ein gelber Bestenbauer gestraucht.

Er litt an Kleptomanie.

Seit Jahren arbeitete das Vorstandsmitglied Berner des sogenannten Industrieverbandes der Schokoladenarbeiter und -arbeiterinnen in Berlin, Mittenwalder Straße, in der Schokoladenfabrik von Hildebrand u. Sohn als Saison-Aushilfsarbeiter. Ständig war der „gelbe Berner“ als Wilschneewitt-Agenz bemüht, bei der Firma als Stamarbeiter beschäftigt zu werden. Als Berner noch als Schokoladenarbeiter tätig war, hatte er die Gepflogenheit, wenn er morgens die Arbeit begann, seinen Revolver in den Tischkasten zu legen, denn das Scheitern gehörte nun einmal zu den „geistigen Waffen“ der Hafentruiler, der Gelben und ähnlichen Gelichters. Erst als die Arbeiterschaft energisch den Verzicht auf diese Revolvermethode verlangte, mußte Berner seinen Revolver zu Hause lassen.

Die Arbeiterschaft hatte den Helden gleich richtig erkannt und lehnte jedwede Beziehungen zu ihm ab. Sie war auch nicht überaus nahe beif, als endlich die Geschäftsleitung der Firma sich den Mann näher beif und bei einer Haussuchung bei Berner einen ziemlichen Vorrat von Hildebrand-Artikeln fand. Berner wurde daraufhin strafflos entlassen.

Die Art und Weise, wie dieser gelbe Agitator seine wirtschaftliche Lage zu verbessern suchte, lehnt die organisierte Arbeiterschaft von jeher ab. Sie wendet sich daher auch ganz energisch dagegen, daß die gelben Zirkel dieser Biedermänner als Gewerkschaften anerkannt werden.

Nur auf dem ehrlichen geraden Wege des gewerkschaftlichen Kampfes kann die Arbeiterschaft ihre Lage verbessern.

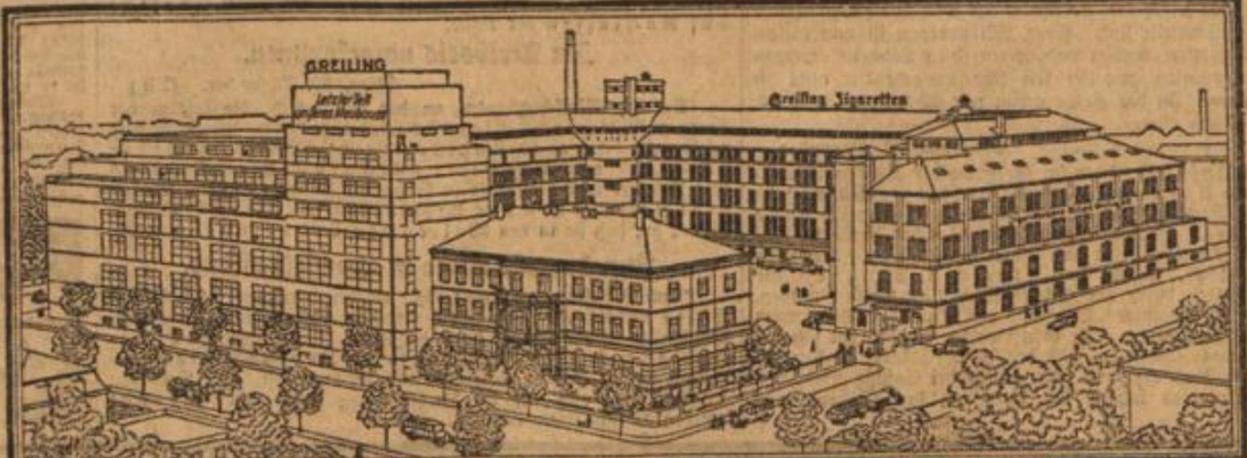
Weihnachtsunterstützung der Maschinisten und Heizer

Laut Beschluß des Bezirksvorstandes erhalten unsere arbeitssuchen, invaliden, sowie die ausgetretenen Kollegen eine Weihnachtsunterstützung. Die Auszahlung erfolgt am Donnerstag, dem 22. Dezember, in der Zeit von morgens 9 Uhr bis mittags 1 Uhr. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Verbandszugehörigkeit und ist bereits im Mitteilungsblatt bekanntgegeben. Die Auszahlung der wöchentlichen Erwerbslosen- und Krankenunterstützung erfolgt am Freitag, dem 23. Dezember, von vormittags 9 Uhr bis mittags 1 Uhr.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, Bezirk Brandenburg, Sij Berlin.



Über **30000** Arbeiter und Angestellte stellen Greiling Zigaretten in höchster Westarbeit her



Über **13 000 000** Greiling Zigaretten werden täglich geraucht.

In über **35 000**

besseren Tabakhandlungen sind sie stets zu haben. In etwa ebensoviel sonstigen Verkaufsstellen, wie Gaststätten, Bahnhofswirtschaften, Colonialwarenhandlungen u. s. w. werden sie vorrätig gehalten. 46 eigene Fabriklager in allen größeren Städten Deutschlands sorgen für schnelle Verteilung, damit der Räucher die Ware frisch erhält. So wird ihre höchste Qualität anerkannt und beliebt, und so schätzt man ihre milde Geschmacksrichtung.

Greiling Auslese zu 5 S

Klein Mädchen.

Von R. Martin.

Vom harten Brot, auf dem die Butter fehlt,
Stieh' ich mich fort und gerne auf die Straße,
Vom Herd, wo sich die Mutter quält;
Von gleichen Saftjura und von steilem Krämen.
Schön ist es da!
Woher die Leute die schönen Kleider nehmen?
Auf schönen Straßen sind die Menschen schön,
Und traurig ist es nur zu Hause.
Wie glücklich bin ich, Seide nur zu sehn,
Ich muß mich meiner Lumpen schämen!
Ach Gott,
Woher die Leute nur die schönen Kleider nehmen?
Und wenn ich nachts in meinem Bette bin,
So denk' ich nur an Sonne und an Seide.
Und niemals, niemals kommt mir aus dem Sinn
Und wird mir noch das bißchen Freude lähmen,
Das bißchen Freude:
Woher die Leute nur die wunderschönen Kleider nehmen?

Berliner Minute.

Von Max Bernardi.

Jegendswo.

Auto — Wagen — Menschen — Radfahrer.

Ein Menschenmüdel:

Eine Riste Bier ist von einem Bierwagen gestürzt. Rantig überflügelte sie sich auf dem Asphalt. Bierflaschen zertrümmert, schäumendes Bier ergießt sich.

Der unglückliche Wagenführer stoppt seine Kutsche. Es ist das Zeichen für die im Verkehr sich immer wieder umwandelnden Man stoppt auch und begibt sich mit dem Bierführer zur Unglücksstätte.

Aus dem Menschenmüdel entsteht ein Ring um zwei Brennpunkte des Straßeninteresses — der gestürzten Riste und dem Bierwagenführer. Hinter diesem Ring haufen sich immer mehr Neugierige, die mit Recht ein nicht zu übergehendes Ereignis auf dem Straßenpflaster vermuten.

Man hat so allerhand Gedanken.

Man sieht blanke, trummgebogene Eisennägel eines Ristenbrettes, das sich von der Riste durch den schweren Aufschlag abgemittelt hatte. Man acht die Wucht, mit welcher eine volle Bierliste eines dahinschreitenden Wagens auf die Erde geschleudert werden kann. Das zwischen Glasplättern aus gebrochenen Flaschenhälften bohlingergelbe Bier veranschaulicht mit trauriger Deutlichkeit unwiderbringlichen Verlust geschaffener Werte. Und je nach Charakter sucht man in der Miene des Bierführers dessen Einstellung zu der unbotmäßigen Bierliste und zu dem Geschehen selbst zu lesen. An Gutachten und kostbaren Ratsschlägen fehlt es auch nicht.

Der Bierführer stößt die Flaschenherden mit dem Stiefel beiseite und hebt mit einem Ruck die etwas zerquetschte, noch halbgefüllte Bierliste auf die Achse. Es tropft auf seinen Rücken.

Fast ehrerbietig macht man ihm Platz. Jemand etwas Märrerhaftes umgibt ihn. Doch Mitleid, Hohn und Spott sind im Ring eng gepaart — er kennt den Ring, es ist ja nicht die erste Riste.

Der Menschenmüdel zerstreut sich. Man stößt, läuft, hockt weiter. Sucht die verlorene Minute, der man immer so gerne ein wenig praktische Tagesphilosophie abgewinnt, wieder einzubringen.

Einmal ist es eine simple Bierliste, ein andermal ein verborgenes Fährrohr oder ein zerbeulter Koffel. Es braucht der großen Sensationen nicht.

Eine gute Minute Philosophie der Straße:

Eine Berliner Minute.

„Tri fall hei sin.“

Zur Abschaffung der Leibeigenschaft vor 120 Jahren.

Nachdem mit den selbständigen Gutbesitzern mehr ein Ueberblick über die tatsächliche Neubildung herbeigeführt ist, wird dieser geschichtliche Rückblick besonders interessant.

Unterdrückung und Armut, Hunger und Verwahrlosung, Anfeindung und Fronddienst — das ist die Geschichte des Bauernstandes. Der Arbeiter der Großstadt wurde von Unternehmern und Industriellen ausgebeutet und ausgehöhlt, der Bauer der Proletarier auf dem Lande, war das Opfer des Adels und der Fürsten.

Es ist bezeichnend, daß erst vom 10. Jahrhundert an, also zur Zeit der Entstehung des Adels und der nach immer größerer Machtentfaltung strebenden Kirche, von einem immer schärfer sich ausprägenden Abhängigkeitsverhältnis des Bauern gesprochen werden kann. Am Ausgang des Mittelalters steht der Bauer unter dem Zwang von Abgaben und Pflichten, unter dem Druck von Samsrecht, die ihn zwingen, sein Recht nur in der Vonnahme zu mahlen, seinen Wein in der Kammer zu kelteren. Eine starke soziale Bewegung bringt die Reformation, unter deren Einwirkung sich die Bauern zu gewaltigen Aufständen, den Bauernkriegen, erheben. Aber noch war der Höhepunkt ihrer Leiden nicht erreicht. Dem grenzenlosen Elend, den Verwüstungen und Zerstörungen des 30jährigen Krieges folgte das Zeitalter des eisernen Despotismus. Am 28. Juli 1653 erläßt der Große Kurfürst die Bestimmung, daß ein Landmann, der seine Herrschaft verfallen wolle, keine Klage über „nicht gemüßig ausführen“ könne mit dem Turm gestraft werden solle. Damit andere sich des gleichen, mutwilligen Strogens enthalten. Wenn man bedenkt, daß dieser Fürst im Vergleich zu seinen Standesgenossen noch einer der mildesten war, so kann man sich einen Begriff von den furchtbaren Zuständen machen, unter denen der Bauer schmachtete. Zwar liegen sowohl in Preußen wie in anderen Ländern Beweise vor, daß die Landesherren die Bauern gegen zu große Uebergriffe der Gutbesitzer zu schützen versuchten, allerdings nicht aus Liebe zu ihren Untertanen, sondern im Interesse ihres Gebiets. Da der Adel steuerfrei war, die Bauern aber stets die Verpflichtung hatten, Abgaben und Steuern zu zahlen, überließ sie der fürsorgliche Landesherr nicht gänzlich der Willkür des Adels, um selbst noch etwas herauspressen zu können.

Nach unter Friedrich dem Großen stand der Bauernstand in Preußen in Erbuntertänigkeit, d. h. in vollkommener Abhängigkeit von einem Dienstherrn. Wohl behanden Verordnungen, die sich gegen das „Reiseln wie das Vieh“ der Bauern wandten, aber in Wirklichkeit war der Landmann schimmer daran wie das Vieh. Er war vollkommen leibigen, mit seinem Weibe, seiner Gese, seinem Hab und Gut, seiner Arbeitskraft Eigentum seines Herrn. Der Herr

war Richter über alles. Er war sein Fronvogt, der absolute Venter seines Schicksals. Einen Beruf zu wählen, ein Handwerk zu ergreifen, sich zu verheiraten — der Leibeigene durfte es nicht wagen, ohne die Erlaubnis seines Herrn. Kein Wunder, daß die Gepeinigten oft massenweise ihren Unterdrückern zu entfliehen versuchten, trotz der Strafen, die sie erwarteten, wenn sie wieder ergriffen wurden. Ernst Rorich Knudt erzählt, daß noch in seiner Zeit in Pommern eine Gemeindeordnung bestand, nach der entwichene Leibeigene, ob Mann oder Frau, zunächst „unehrlich gemacht“, d. h. daß ihre Namen an den Gassen geschrien wurden. Entließen sie zum zweitenmal, so wurde ihnen vom Schorfrichter ein Brandmal auf beide Wangen gebrannt. „Könnte wohl“, so fragt der Dichter, „ein Reger in Indien ärger als hier bedroht werden?“

Friedrich II. erkannte wohl die furchtbare Lage der unterdrückten Bauern, aber er oeffnete trotzdem die Verhältnisse nicht entscheidend um, sondern begnügte sich mit geringfügigen Verbesserungen. Er begründete seine Stellungnahme damit, daß ihm die Mittel fehlten, im Fall der Aufhebung von Leibeigenschaft und Fronddienst die Gutbesitzer zu entschädigen. Der letzte und tiefste Grund seines Jäherns aber war ein anderer. Er fürchtete die beständigen Erschütterungen, die eine Befreiung der Bauern mit sich bringen würde, die starke Einwirkung auf die Landwirtschaft und auf das gesamte staatliche Leben. Nicht umsonst sprach ein adliger Gutbesitzer jener Zeit von dem „Dämon der Demokratie“, der aus der „gefährlichen Koalition der unteren Stände“ erwachse. Und Friedrich war zu sehr König, zu sehr Monarch, um nicht eine solche Gefahr mit allen Mitteln abzuwenden zu wollen, selbst um die Preisgabe Tausender von Menschen. Noch ein halbes Jahrhundert mußte verstreichen, bis endlich die soziale Schranke fiel, die Bürger und Bauern voneinander trennte bis der entscheidende Schritt gemacht wurde, der aus Sklaven Menschen machen sollte. Es war die Tat des Freiherrn vom Stein des Ministers Friedrich Wilhelms III. den der König unter dem Zwang der Umstände zurückerief, nachdem er ihn wenige Monate zuvor als „widerpensanten, trotigen, hartnäckigen und ungehorsamen Staatsdiener“ entlassen hatte. Stein erließ am 9. Oktober 1807 das ewig denkwürdige Edikt über den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums, das mit den Worten schloß: „Mit der Publication der gegenwärtigen Verordnung hört das bisherige Unterthanigkeitsverhältnis der Bauern gänzlich auf. Mit dem Martinitag hört alle Gutuntertänigkeit in unrenn Familien Staaten auf. Nach dem Martinitag gibt es nur freie Menschen.“

Diese Verordnung war allerdings nur ein Anfang. Denn der Bauer war von jeht an zwar persönlich frei, aber auf ihm lasteten noch Abgaben und Fronddienste Lasten und Hoffen. Dazu kam die dröckende Gefahr, von seiner Scholle gejagt zu werden. Eine große Anzahl Bauern nahmen die Verordnung desoboh mit Angst und Ablehnung entgegen. Sie waren durch die lange Knechtschaft schon so verstimmt, daß ihnen jeder neue Anfang unheimlich und erschreckend war. Lieber wollten sie weiterhin leibeigen sein, Werkzeug ihrer Herren, die sie plagten und schänden konnten, aber bis zu einem gewissen Grad doch andererseits für sie sorgen mußten.

Ueber ein Jahrhundert ist seit der Abschaffung der Leibeigenschaft in Preußen vergangen. Aber auch heute noch kann sich ein großer Teil der Bauern von ihrer Vergangenheit nicht frei machen. Immer wieder lassen sie sich als Werkzeuge der Rückkommen ihrer Unterdrücker mißbrauchen, immer wieder lassen sie sich auf dem Gut ihres Herrn „pollich erleben“, um in den Reihen von Knecht und Strohalm gegen Republik und Demokratie zu kämpfen. Und nicht leicht müssen noch Jahrzehnte vergehen, bis der Bauer sich freigeht, sein Wort zu eigen machen wird, das der Dichter am Schluss seines „Kein Falsch“ dem Bauernstand zuruft: „Tri fall hei sin! Tri fall hei sin!“

Ein Viertelstündchen nur, dann war die Herrlichkeit vorbei, war alles wieder aufgehoben, wie ein graues Aelt. Bestellte Aeder liegen frostgepannt. Es ist, als wäre dravhen jeder Weg und kein, daß das Grau des Himmels in Millionen Sternstrahlen zerfallen und daß endlich weißer Schnee die hindämmende Dunkelheit erleuchten möge.

Als einigles Sommergebilde streckt uns ein wilder Rosenstrauch keine korallenfarbenen Hagebutten wie kleine, festverschlossene Fäuste hin, darin die Samenfülle wie in feinsten Seide warm geborgen liegt. Der Lebenssaft der Kerne trägt dem Frost und all die roten Früchte, die wie Tropfen Blut am Strauche hängen, tragen dieselbe Kraft der Erneuerung in sich wie wir, die wir durch Frost und Winter müßig.

„Warum sind alle Bäume nackt?“ fragt mich mein Kind, „und wo sind all die Blätter hin?“
„Die Blätter sollen von den Bäumen, daß wir Menschen sehen sollen, um wieviel alle Bäume höher und um wieviel jedes Zweiglein vom Frühling bis zum Winter stärker wurden. Das können wir nicht sehen, wäre noch das Laub daran. Die Blätter legen sich rings um den Baum, daß nicht der Frost an all die feinen Wurzeln kann und daß die Bäume, kommt der Frühling, schneller blühen.“

Ich spüre pflüchlich aus dem Klang und Sinn der Sprache meiner Kinder, wie ihr Begreifen und Verstehen, ihr Fühlen und Denken vom Frühling bis zum Winter mit den Zweigen an den Bäumen stärker wurde und wie sich ihre kleinen Seelen weiteten und formten. Ich halte meine Kinder fest an meiner Hand.

„Hast du schon mal das Christkind richtig gesehen?“ unterbricht mein Jüngstes meine schweifenden Gedanken.
„Ich hab' das Christkind schon sehr oft gesehen, mein Kind“, antworte ich.

Wir machen einen Umweg durch die Stadt. Mein Kind will mir das Christkind zeigen.
Um die mit Tannengrün und Lichterglanz geschmückten Auslagen der Schaufenster ist ein gefährliches Gedränge. (Es weilt kein Kind, daß all das Adeligkeit im Schaufenster des größten Warenhauses und des kleinsten Krämers helfen muß, den Weihnachtsabend in die Höhe zu schrauben, und daß all das Tannengrün über Unkostenkonto weggebracht wird.)

„Hier müssen wir herein, wenn ich Mr. das Christkind zeigen soll!“ drängt mich mein Jüngstes in das größte Warenhaus.

Weihnachtsaberglauben.

Ein kleines Stück Berliner „Kulturgeschichte“.

Wie überall im Reiche des Aberglaubens, nehmen auch beim Weihnachtsaberglauben wohl den größten Platz die Vorbedeutungen ein, d. h. alle solche Aberglauben, die sich mit der Zukunft beschäftigen. Das sind vor allem die beiden großen Fragen, die es in jedem einzelnen Menschenleben gibt, der Erfolg des Wettbewerbs um die Daseinsmittel und das Finden einer passenden Ehehälfte. Das Vorwärtskommen im Besitz und die Vereinigung mit einem Ehegenossen sind die beiden größten Glücksfälle im einfachen Dasein, um die sich jedes primitive Denken in ununterbrochenem Kreise dreht.

Weihnachtsfitten, Weihnachtsbräuche! Welch buntes Gebiet tut sich da für die Vergangenheit und Gegenwart auf! Es ist etwas Eigenartiges bei derartigen Volksfitten und Volksaberglauben. Sie pflanzen sich mit einer erstaunlichen Zähigkeit und Lebensfähigkeit von Geschlecht zu Geschlecht fort, ohne daß ihre Herkunft und ihre ursprüngliche Bedeutung im Bewußtsein des Volkes noch lebendig sind, ja ohne daß man in vielen Fällen ihren Ursprung nachweisen kann. Biletsch reichen ihre Ursprünge noch in das Heidentum zurück.

Wie tief der Glaube an allerlei übernatürliche Dinge sogar in der „Stadt der Intelligenz“ noch eingewurzelt ist, beweist am deutlichsten der Weihnachtsaberglaube des Berliners.

Ich gebe in Nachstehendem eine Blüthenlese der in der letzten Zeit am meisten zur Geltung kommenden uralten Lieberlieferungen:

1. Die Wäscheleine darf am Weihnachtsabend bis Neujahr nicht auf dem Wascheboden hängen bleiben, sonst gibt es großes Unglück.
2. Am Weihnachtsabend müssen Kragen — Karpfen — gefressen werden, denn Fischrogen bedeutet Geld. Arme Leute, welche sich keine Karpfen verschaffen können, kaufen sich einen Hering mit Roggen.
3. Wenn man Fischschuppen von Weihnachtstarpfen im Portemonnaie trägt, hat man das ganze Jahr über Geld.
4. Alle Träume, welche man zwischen Weihnachten und Neujahr hat, gehen in Erfüllung.
5. Kinder, welche in der Weihnachtswoche geboren werden, haben die Gabe der Prophezeiung.
6. Am Weihnachtsabend wird ein Fingerhut mit Sand gefüllt, und das so entstehende Sandhäufchen auf ein Stückchen Papier gelegt. Für jedes Familienmitglied wird ein ganz genau bestimmtes Häufchen gemacht. Derjenige, dessen Häufchen am Morgen des ersten Feiertages zusammengefallen vorgefunden wird, stirbt im kommenden Jahre.
7. Um zu wissen, wer von Bekannten heiraten wird, legt man schimmende Ruchschalen mit dem betreffenden Namen auf Wasser. Derjenige, deren Schalen sich Rand an Rand legen, werden Ehegatten.
8. Zieht man aus einem Holzhaufen gerade Scheite, ist der künftige Gatte schlank, zieht man ein trummies heraus, so ist er bucklig.

Die Reihe der hier angeführten Beispiele läßt sich noch beträchtlich verlängern, aber sie genüge, um zu zeigen, wie auch dem Weihnachtsaberglauben das Gemeinliche anhaftet, sich mit der Zukunft zu beschäftigen. Er ist, wie jeder andere Aberglaube, im Grunde genommen unaufrichtig und richtet sich auch bei den sogenannten „gebildeten Menschen“ in den menschlichen Fällen ihres Ahnens ein, um dort seinen Schabernack zu treiben.

Dr. R. S.

„Duppä hat Hunger!“

Von E. P. Hiesgen.

Mütter mit Ihren Kindern gehen uns in einem dichtgedrängten Menschenmüdel, der sich durch die engen Gänge zwischen buntem Bedentherken vorwärts schiebt.

„Da — siehst du, im Flugzeug?“ zeigen die Kinder und lachen mich an. In einem Flugzeug sitzt ein Christkind, im anderen der Weihnachtsmann. Die Flugzeuge treffen mit surrenden Propellern über die Spielzeugausstellung hin und her. In dem Gedränge wäre jedes Wort an meine Kinder ungehört geblieben, und als wir wieder draussen atmen können, sag ich den Kindern, daß jedes Christkind doch nur eine schön gepuzte Puppe sei, mit steifen Händen und mit starren Augen, die gar nicht schwindlig wird, wenn sie von früh bis spät über die Köpfe der Kinder immer im Kreis herumjagen muß.

Mein Kleinstes sah mich mit großen Augen an und — schwieg. Wer weiß die heimlichen Gedanken und Begierden, die hinter Kinderstimmen tönen? . . .

Wir gingen weniger helle Straßen unseren Weg nach Hause. Ich konnte mir noch eine Abendzeitung in der Bahnhofshalle. Da sah hinter den hohen Fahrplankasten eine noch mädchenhafte Mutter auf einem schmalen Kestelord. Auf ihrem Schoße lag ihr Kind, das krank aus seiner Mutter weißen Brust, die warm und breit und blaugedert aus der Brust quoll. Abwärts ein Bandarbeiter mit lehmigen Stiefeln und mit baßgesprochenen Tischen.

Ich nahm die Kinder bei der Hand, wies auf die Mutter und die Frauen traten leise dicht heran. Mit gültigen Lächeln blickte die Mutter auf von ihrem Kind. Die Kinder sahen sich eine ganze Weile an dem Bilde satt, dann kamen sie mit glückseligen Augen wieder hin zu mir.

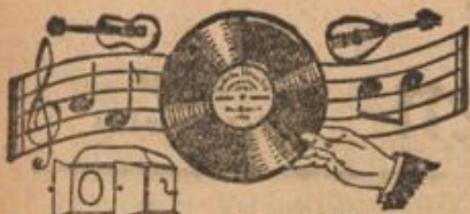
„Das ist die Mutter Gottes mit dem Christkind!“ beehrte ich die unglücklichen Kleinen. „Alle Mütter sind Madonna! Alle Kinder sind Christkinder! Seht, das ist das wirkliche, lebendige Christkind, und das im Warenhaus, das war nur eine steife Lederpuppe. Habt ihr mich nun verstanden?“

„Duppä hat Hunger!“ antwortet mein Jüngstes und weist hin auf das Kind. Mein Kleinstes brühte mir beide Hände, schmiegte sich eng an mich, zog mich herab und küßte mich. . . .

„Mutter, ich hab' das Christkind, das lebendige Christkind am Bahnhof gesehen!“ stürmte mein Kleinstes die Treppen hinauf und sprang der Mutter in die Arme.

„Am Bahnhof? — Das Christkind?“ fragt erstaunt die Mutter. Das Kind erzählt von einer Mutter Gottes und einem Christkinder, die am Bahnhof saßen.

Das Jüngste holt sich ein Stück Holz hinter dem Ofen vor, nimmt ein Zerknack als Windel, widert das Holz hinein, legt es in eine Fußbank, schließt der Mutter die Fußbank vor die Tür hin und ruft: „Duppä hat Hunger!“



Schweizer Musikhaus

Enorm billiger
Weihnachtsverkauf

Musikplatten 15 cm Durchmesser 50 Pl. 16 cm Durchmesser 25 Pl. 20 cm Durchmesser 10 Pl. u. 2.50 M sowie 40 Grammophon-Raumton-Aufnahmen der Polygram-Serie, Grammaton-Taschengeräte und die besten Hi-Fi-Verstärker-Einstufige-Frequenzweichen entsprechen dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis.
Musikapparate: Mk. 15.-, 19.50, 25.-, 40.-, 49.-, 55.-, 59.-, 64.-, 65.-, 93.-, 110.-, 135.- usw.
Musikschreibgeräte: Mk. 20.-, 115.-, 130.-, 175.-, 250.- usw.
Ferner alle übrigen Musikinstrumente in größter Auswahl. Werke sämtlicher Hersteller für Sprechmaschinen und alle anderen Instrumente. Haben wir nicht, kann es ein großer Spezialist, so etwas was Spezialhaus nennt.
Verkaufsstellen:
Badstr. 57, Bismarckstr. 23, Friedländerstr. 156, Gröner Str. 5, Reinholdsdorfer Str. 117, Schönhauser Allee 130, Turmstr. 29, Warschauer Str. 63, Weidenstr. 21, Zentrale und Werkstätten: Michaelstr. 19 (Fabrikgeb.)

Theater, Lichtspiele usw.

Mittw., 21. 12. 27 Städt. Oper Am Pl. d. Republ. 7 1/2 Uhr Freischütz	Mittw., 21. 12. 27 Städt. Oper Bismarckstr. 8. 1/2 Uhr Tosca	deutsches Theater Norden 10334-37 Ende 11 U. Dorothea Angermann v. Gerh. Hauptmann mit Max Reinhardt Kammerspiele Norden 10334-37 9 1/2 Uhr Ende nach 10 Uhr Bronx-Express Die Komödie Bismarck 2414 7346 8 1/2 U., Ende 10 1/2 U. Die Ehe von Welt
Stadt. Schauspiel in der Opernstadt 7 1/2 Uhr Der Kaufmann von Venedig	Stadt. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr Weh dem der lügt	Berliner Theater Direktion Kühnert Dorotheenstr. 30 St. 1031, 110 Täglich 8 Uhr Max Adalbert in „Knochen“ 23. Decemb. 7 1/2 Uhr Erstaufführung Max Adalbert als „Der Herr von...“ Lustig v. Friedrich Trübner 1. u. 2. Feiertag 4 U. Adalbert am Lande in „Müllers“ Preise 1-4 M.

Volksbühne

Theater am Gleyplatz Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Rinkemann **Schieber
des Ruhms**

5. Komische Oper 8 1/2
„Verächtliches Revue-Stück“
**Alles
Nackt!**
Nach d. gleichn. Paris. Revue
Tausend 200 Mitwirkende
Original-Pariser Kostüme
Parkett 3,50 Mk.
Theaterkasse ununterbr. geöffnet.

**Größtes
Schauspielhaus**
v. 21. bis einschließl.
24. Dezember
geschlossen
wegen
Vorbereitung zur
Premiere
am 26. Dezember

Trianon-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Gastspiel
Erika Glässner
in Gretchen
17. Feiertag nicht besetzt
Ab 1. Feiertag 8 1/2 U.
Relson-Revue

Rese-Theater
8 1/2 Uhr
Orpheus i. d. Unterwelt

Schauspielhaus
17. Künstler-Fr.
Heute u. morgen
geschlossen.
Freitag, 7 Uhr
Premiere
„Evelyn“
Essing-Theater
8 Uhr
Schlinderhannes

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr
Der Sensationserfolg!
Schön sein
wir aus
30 reizende Bilder mit
Henry Bender
Am 1. u. 2. Feiertag
nachm. 3 1/2 Uhr
die ganze Vorstellung
zu halben Preisen.

**Oper des Westens
Münchenhausen**
Oper v. E. Steffan
Premiere
Freitag, den 28.
7 Uhr
Reze Ader, Erik
Wiel, Fritz Jenzlich,
Joh. Köry, Ruth
Alm, Klaus,
Wahlgenuth
Verk. ununterbr.

8. SCALA
Nollendorf 1200.
**Drei (original)
Fratellini**
und andere weltberühmte,
zum ersten Male in Berlin auf-
tretende internationale Stars.

Renaissance-Theater
Steinplatz 901. - Täglich 8 Uhr
Die Schule von Uznach.

WINTERGARTEN
Rauchen gestattet!
u. a.: Die australischen Holzfäller
im breiten Busch
u. d. große Weihnachtsbaum
Vorverkauf hat
begonnen!
Heute 8 1/2 Uhr
Letzte Vorstellung
vor Weihnachten
Märchen-Revue
„Aachenerbödel“

BEBA
PALAST
ATRIUM
Kasserallee Ecke Berlinerstr.
Inhaber: Herbert Polke
Pfalzburger 2460-63

Vorverkauf
für die Festvorstellung
und die Feiertage
täglich ab 11 Uhr

Jugendliche haben
Zutr.t

MORGEN 8 15 FESTVORSTELLUNG

**Die
Jugend
DER
Königin
Luise**

KRONPRINZESSIN LUISE
MADY CHRISTIANS
IN DER HAUPTROLLE

ANITA DORRIS · FRED DODERLEIN · LOTTE LORRING
HANS MIERENDORFF · H. A. SCHLETTOW · ADELE SANDROCK
HEDWIG WANGEL · MATHIAS WIEMANN · IDA WUST

Manuskript: **LUDWIG BERGER** · Regie: **KARL GRUNE** · Produktion: **MAX GLASS**
BAUTEN: HANS JACOBY · PHOTOGRAPHIE: ARPAD VIRAGH
= In der Festvorstellung: Lotte Schöne a. G. =
(Begleitung: Dr. Felix Günther)
MUSIKALISCHE ILLUSTRATION u. LEITUNG: WALTER ULFIO

TERRA-FILM

**Die neue Charell Inszenierung
Madame Pompadour
mit
Fritzi Kässner**
Premiere 25. Dezember 7 1/2 Uhr
GROSSES SCHAUSPIELHAUS

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothring. Str. 37
Neu! Klein-Kleidersdorf! Neu!
Ausscheiden! Gutschein 1-4 Pers.
Pausell nur 1,30 M., Sessel nur 1,60 M.

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntags 11 U.
Elite-Sänger
Das neue Weihnachtsprogr.
Beide Feiertage nachm. 3 Uhr (15)
große Familien-Vorstellung
(ungekürzt) Volkspreise 30 Pl., 1.-,
1.25, 1.50, 1.90, 2.20. 8 Tage Vorverk.

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntags nachm. 3 Uhr.
Stettiner Sänger
Lebende Weihnachtslieder
nachm. 8 Uhr Preis
volles Programm.

Gönhof-Brett!
Verlegt. Tanz. Carl Braun v. Ernst Walter

**Besonders wirksam sind die
Kleinen Anzeigen
in der Gesamt-Auflage billig!**
des Vorwärts und wozu!

Gratis! Gratis!
Vom 20.-24. Dezember
beim Einkauf von 5.- Mk. in Wein und Spirituosen
1/2 Flasche griech. Süßwein
Gratis!

Milder Apfelwein z. Bowie Lit. 0.50	Echter Tarragona . . . Liter 1.35
Johannisbeerwein, 505 . . . 1.05	Echter Malaga 1.60
Stachelbeerwein, ca. 14° . . . 1.05	Prima Wermuthwein . . . 1.55
Heidelbeerwein, 505 1.25	Griech. Süßw. in 1/2 Liter 1.90
Kirschenwein, 505 1.45	Echter Insel Samos 1.90
Erdbeerwein, 505 1.45	Echter Duro Portwein . . . 2.80

Echt. Jamalka-Rum-Verschnitt, 42%, 1/2 Flasche 3.85

Richtenberger Brantw. 1/2 l. 2.75	Afrikaner-Likör . Orig.-Fl. 3.80
Weinbrand-Verschnitt BT . 3.00	Cherry-Brandy, Aliasch 1/2 l. 3.95
Deutsch. Weinbrand 3 Sterne . 5.00	Halb u. Halb, Birnen
Jam.-Rum-Verschn. 4 Kr. . 5.25	Coraçao, Bitorange 4.75

Erstklassige Weißweine Rot- u. Bordeaux-Weine

1/2 Fl. ohne Glas 1.20, 1.40, 1.60, 2.00	1/2 Fl. ohne Glas 1.00, 1.25, 1.50, 2.00
Fruchtsaft, Flasche ohne Glas 1.70	Traubensaft, Fl. ohne Gl. 4.00, 5.50

Bei Bestellungen v. 10 M. an Lieferung frei Haus durch die Zentrale

Bernhard Tiedmann
Likörfabrik und Weingroßhandlung
Zentrale: 0 17, Fruchtstr. 5-6. Tel. Alexander 4086

Ber. in O. Königsberger Str. 1	Berlin N. Brunnenstraße 100
Berlin O. Fruchtstraße 76	Berlin N. Swinemünder Str. 85
Berlin O. Andreasstraße 49	Berlin N. Kasanienallee 49
Berlin SO. Köpenicker Str. 59	Neukölln, Hermannstr. 95 96
Berlin O. Frankfurter Allee 270	Berlin W. Bülowstraße 48
Berlin SO. Grünauer Straße 6	

ZIEHUNG **210** 29 UND 30 DEZEMBER

**Arbeiterwohlfahrt
Wohlfahrt-Lose**

50 Pf

PORTO UND LISTE 30 FIG. EXTRA

145 984 Gewinne u. 1 Prämie im Gesamtwert von RM.
607500
HOCHSTGEWINN IM WERTE VON RM
50000
HAUPTGEWINNE IM WERTE VON RM.
30000
20000
15000
u. s. w. u. s. w.

Glücksbrief 10 Losen 5 M.
Sämtl. Gewinne im Werte von 3 RM und mehr
werden auf Wunsch mit 90 Prozent ausbezahlt

Erhältlich in allen Verkaufsstellen der
Konsum-Genossenschaft, Warenhaus
Wertheim, Arbeiter-Wohlfahrt, Linden-
straße 3, Zimmer 10a und in allen durch Plakat
kenntlich gemachten Verkaufsstellen.

K. Gegner
Berlin N 13
Schönhauser Allee 131
am Hochbahnhof Nordring
Humboldtstr. 588 Oeogr. 1882

Standuhren
Uhren aller Art
Trauringe
Juwelen u. Gold-, Sil-
berwaren u. Kristall
Silber u. d. verarbeitete Glas
Vorzeiger des Inlandes
Von N. 85 an 5 Proz. Rabatt

Walhalla-Th.
1. Uhr
Sumpf
Letztes Kapitel aus
dem Leben eines
Mädchens aus der
Friedrichstr.
Jugend- und Jugend-
Vorz. für Park, auch
Sonntags 60 Pl.

Richard Rich'er
Zimmerstr. 64 z. d. Friedrichstr.
Festpreis Zentr. im 1355.

**Dresdener
Christstollen**
Honigkuchen, Marzipan eigener
Fabrikation, der gehaltvollste
Kuchen Berlins nur:
Bread, u. Butter, Konditort
und Ca 6

Planetarium am Zoo
Heute, nachm. 8 Uhr
Noll 1376

**Der Sierh mmei
der Heimat**
Vorl. 16 u. 19 1/2
Reise z. Acuator
Vorl. 18 u. 21 Uhr
Eintritt 0,50 M.
Date seit 15 Jahre 6 25 k.

ZIEHUNG **210** 29. u. 30. DEZEMBER

**Arbeiterwohlfahrt
Wohlfahrt-Lose**

50 Pf

PORTO UND LISTE 30 FIG. EXTRA

145 984 Gewinne u. 1 Prämie im Gesamtwert von RM.
607500
HOCHSTGEWINN IM WERTE VON RM
50000
HAUPTGEWINNE IM WERTE VON RM.
30000
20000
15000
u. s. w. u. s. w.

Glücksbrief 10 Losen 5 M.
Lose erhältlich in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen
A. MOLLING, BERLIN W 8
Unter den Linden 5a / Postcheck Berlin 26 328.

Arbeiter-Wohlfahrt-Lose zu 50 Pl.
empfiehlt u. verwendet auch unter Nachnahme
H. C. Kröger A.-G., Berlin W 8,
Friedrichstraße 123/125, an der Leipziger Str.

Braunkohlenfelder für Berlin.

Ein Beschluß der Bewog. - Sicherheit für die Zukunft.

In aller Stille, unbemerkt von der großen Öffentlichkeit, haben sich die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke ein riesiges Braunkohlenvorkommen in der Nähe von Berlin gesichert.

Die Abbaugerechtheit geht durch Verträge mit den verschiedenen Grundstücksbesitzern, unter deren Flächen die Kohlen liegen, an die Bewog über.



Braunkohlen-Optionen der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke Akt-Ges.

Das gesamte Kohlenvorkommen, soweit es durch die Verträge erfasst ist, beträgt nach den angestellten Bohrungen rund 640 Millionen Tonnen brutto.

Der Umstand, daß die Kohle nur im Tiefbau zu gewinnen ist, also gegenüber der im Tagebau geförderten Braunkohle zurzeit nicht konkurrenzfähig ist, verhindert, daß mit dem Abbau des Vorkommens schon jetzt begonnen wird.

Maßgebend für diesen Entschluß war einmal die Erwägung, daß Bodenschätze, wie Braunkohlen, in die Hand der Allgemeinheit gehören.

Deutsche Lokomotiven für Südafrika.

Die seit vier Jahren im deutschen Lokomotivbau herrschende Krise gehört zu der schwersten wirtschaftlichen Depression, die jemals die Lokomotivindustrie eines Landes betroffen hat.

Auf den Protest der englischen Industrie erklärte der südafrikanische Eisenbahnminister, daß die englischen Angebote 25 Proz. über den deutschen lägen und daher bei aller Sympathie für das Mutterland nicht angenommen werden könnten.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Der Reichsetat 1928.

Woher stammen seine Einnahmen - wohin fließen seine Ausgaben?

Der Reichsetat gewinnt, je mehr die Reparationsleistungen zur vollen Höhe anstiegen und je unsicherer die wirtschaftliche Lage sich wiederum gestaltet, auch für die Rassen immer größere Bedeutung.

Die Einnahmen des Reichs beruhen bis auf verschwindende Ausnahmen auf Gesetzen, die nicht an eine bestimmte Zeit gebunden sind, sondern fortlaufen, bis sie durch ein neues Gesetz geändert oder aufgehoben werden.

Der Haushaltsplan zerfällt in den ordentlichen und den außerordentlichen Haushalt. In den letzteren sollen nur Ausgaben aufgenommen werden, die werbenden Charakter haben und vorzugsweise der kommenden Generation zugute kommen.

Der ordentliche Haushalt für das neue Etatsjahr (1. April 1928 bis 31. März 1929) schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 9355,4 Millionen Mark, der außerordentliche Haushalt balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 146,3 Millionen Mark.

Die Einnahmen fließen aus folgenden Quellen:

Table with 3 columns: Source, in Mill. M., in Mill. M. Categories include I. Aus der Massenbelastung, II. Aus der Vermögensbelastung, III. Verkehrssteuern, IV. Sonstiges.

Die Tabelle zeigt, daß das Reich aus der Massenbelastung fast genau doppelt so hohe Erträge zieht, als aus der Vermögensbelastung, und daß die Massenbelastung allein immer noch 1900 Millionen mehr in die Kassen des Reichs führt, als alle anderen Steuerquellen des Reichs zusammengenommen.

Die ungeheure Summe von 935 Milliarden wird nun nicht nur für die Bedürfnisse des Reiches allein verwandt. Durch die Erzberger'sche Steuerreform hatte das Reich nach dem verlorenen Kriege alle Steuerquellen für sich mit Beschlag belegt, auch solche, aus denen früher die Länder und Gemeinden schöpften, und ihre Aufgaben erfüllen konnten.

sehen sich die Ausgaben des Reiches wie folgt zusammen:

Table with 3 columns: Category, in Mill. M., in Mill. M. Categories include I. Zahlungen an Länder und Gemeinden, II. Eigentliche Reichsausgaben.

Diese Tabelle zeigt, daß von den rund 6 Milliarden Reichsausgaben rund 4 Milliarden, also zwei Drittel der Gesamtsumme, verbraucht werden für die Folgen des verlorenen Krieges und die Kosten von Reichswehr und Marine.

„Zollsenkung“ des Rechtsblocks.

Kuliffengedanken zu einem unwürdigen Spiel.

Zwischen Zollsenkung und Zollserhöhung besteht auch ein Unterschied im Tempo. Von einer Zollserhöhung merkt man vorher nichts, aber sie ist plötzlich da.

Der Reichswirtschaftsrat gibt den Auftrag an seinen wirtschaftspolitischen Ausschuss weiter. Dieser berät in ausgedehnten Sitzungen, verfährt gewissenhaft ungezählte „Sachverständige“ und berät wiederum, das dauert nun schon ein halbes Jahr.

Die „Sachverständigen“ sind eigentlich Vertreter ihrer Sonderinteressen. Das ist an sich kein Fehler, solange ihnen kein falsches Etikett aufgeklebt wird.

Industriezweige, die auf Export eingestellt sind, brauchen keinen Schutz. Dennoch wollen ihre Vertreter auf ihn nicht verzichten. Sie fühlen sich durch die Zölle des Auslandes in

ihre Entwicklung gehemmt und hoffen, ihren nutzlosen Schutzoll gegen die der Exportmärkte einzuhandeln.

Selbstverständlich sind - nach der Behauptung der Unternehmer - Löhne und Arbeitsbedingungen bei den anderen meist schlechter als bei uns.

Wenn ein Land schlechtere Arbeitsbedingungen hat als Deutschland, dann hört man sofort den Vorwurf des „sozialen Dumpings“.

In einigen Staaten wohnt man freilich billiger als bei uns. Die Löhne können daher niedriger sein, ohne daß die

